



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

CSD | CENTER FOR
THE STUDY OF
DEMOCRACY

STRATEGISCHE ENTKOPPLUNG

**Der Abbau des wirtschaftlichen Einflusses
von Russland in Deutschland**

Ruslan Stefanov, Martin Vladimirov und Marius Köppen

ANALYSE

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

✉/freiheit.org

f/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

📺/FNFreiheit

Verfasst von

Ruslan Stefanov, Martin Vladimirov und Marius Köppen,
Center for the Study of Democracy (CSD)

Haftungsausschluss:

Diese Studie wurde im Auftrag der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit durchgeführt.

Redaktion

Dr. Ognian Shentov,
Center for the Study of Democracy (CSD)

Sven Hilgers und Teresa Widlok,
Abteilung Globale Themen,
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Kontakt

Telefon +49 (0)30 2201 2634
Fax +49 (0)30 6908 8102
E-Mail service@freiheit.org

Stand

September 2023

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Inhalt

ZUSAMMENFASSUNG	4
1. EINLEITUNG	6
2. KARTIERUNG DES WIRTSCHAFTLICHEN EINFLUSSES RUSSLANDS IN DEUTSCHLAND	8
Strukturelle Handelsbeziehungen	10
Investitionsbeziehungen	11
Unternehmenspräsenz	12
3. ENERGIE- UND KLIMASICHERHEIT VOR UND NACH DER UKRAINE	18
4. BEWERTUNG ANFÄLLIGER SEKTOREN FÜR DEN WIRTSCHAFTLICHEN EINFLUSS RUSSLANDS	21
Selbstverschuldeter Schaden: Russlands Einflussnetzwerke im Energiesektor	21
Erdgas	21
Rohöl und Erdölprodukte	23
Kernenergie	24
Russlands indirekte wirtschaftliche Präsenz	25
Chemische Industrie	25
Lebensmittelverarbeitung	27
Zement- und Baustoffproduktion	28
5. AUF DEM WEG ZUR STRATEGISCHEN ENTKOPPLUNG VON RUSSLAND	29
ÜBER DIE AUTOREN	32

Zusammenfassung

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat die Selbstverständlichkeit von Frieden und Sicherheit in Europas als Irrglauben entblößt und den globalen Machtwettbewerb verschärft. Der Kreml hat sich über die jahrzehntelang entgegenkommende deutsche Ostpolitik hinweggesetzt, indem er die Entscheidung Deutschlands und Europas, russisches Gas als Übergangsbrennstoff für die Energiewende zu nutzen, als Waffe einsetzt. Russlands wirksamstes Instrument in dieser globalen Rivalität ist die **Staatsunterwanderung** – dabei werden staatliche, oligarchische oder private Wirtschaftsressourcen durch militärischen oder strafrechtlichen Zwang zur Erreichung außenpolitischer Ziele eingesetzt. Für die wirtschaftliche Sicherheit des demokratischen Europas ist die **Entkopplung und/oder Risikominimierung** von den zerstörerischen Auswirkungen dieses Unterwanderungsmodells von größter Bedeutung.

Es gibt eine Reihe von **Instrumenten russischen Einflusses** in Deutschland: die Förderung großer Energieprojekte sowie die Unterstützung politischer Parteien mit antiwestlicher Agenda; die Bindung von Unternehmen und Vermögenswerten an langfristige Geschäfte und die Überflutung des Cyber- und Medienraums mit Falschinformationen und Propaganda.

Der folgende Bericht bietet eine Einschätzung des Ausmaßes des **direkten und indirekten wirtschaftlichen Fußabdrucks** Russlands in Deutschland, mit Schwerpunkt auf energieintensiven Industriezweigen, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaftskraft bilden.

Trotz der zunehmend autoritären Haltung Moskaus und auch nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 vertiefte Deutschland seine Handels- und Investitionsbeziehungen mit Russland weiter und sorgte so für einen ununterbrochenen Kapital- und Technologiezufluss. Die größten russischen Unternehmen, viele davon in Staatsbesitz, schlossen erfolgreiche Kooperationsverträge mit deutschen Firmen ab. Solche Verbindungen haben die rechtzeitige und wirksame **Durchsetzung von Sanktionen** und **Warenkontrollen** untergraben und die Reaktion der EU und Deutschlands auf die Aggression des Kremls verlangsamt.

Insbesondere haben sich deutsche Unternehmen, sowie einige europäische Mitbewerber, mit Gazprom zusammengetan, um gemeinsam die **russischen geopolitischen Gas-pipeline-Projekte** Nord Stream 1 und 2 zu entwickeln, was die wirtschaftliche Sicherheit der Ukraine und mitteleuropäischer EU-Länder erheblich geschwächt hat.

Der Eckpfeiler der russisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen war **der Import kostengünstiger russischer Energie für den Betrieb der deutschen Schwerindustrie**, die dann Produkte mit hoher Wertschöpfung sowie hochentwickelte Technologie zurück nach Russland exportierte. Während der bilaterale Handelsumsatz bereits vor dem russischen Ein-

marsch in der Ukraine rückläufig war, investierten deutsche Unternehmen bis Ende 2021 mehr als 21 Milliarden Euro. Damit ist Deutschland nach Zypern und den Niederlanden der drittgrößte Investor in Russland. Obwohl die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) Russlands in Deutschland vergleichsweise gering sind, konzentrieren sie sich auf einige wenige strategische Wirtschaftssektoren wie die Energieversorgung (hauptsächlich Erdölraffinerien sowie Transport, Speicherung und Vertrieb von Erdgas).

Viele deutsche Unternehmen sind weiterhin in Russland tätig und es sind immer noch mehrere tausend russische Firmen in verschiedenen deutschen Märkten aktiv. Angesichts der nachgewiesenen Erfolgsbilanz Russlands beim Missbrauch von Unternehmensnetzwerken für außenpolitische Ziele, unter anderem durch den Einsatz **strategischer Korruption**, stellen diese Unternehmensnetzwerke Risiken für die Wirtschaft und die Investitionssicherheit dar. Diese Risiken dürften zukünftig weiter zunehmen, da der Kreml versucht, Sanktionen zu umgehen, indem er verschleiert, wer der endbegünstigte Eigentümer seiner Unternehmen ist.

Ende 2022 gab es in Deutschland 1713 Unternehmen mit russischem Endbegünstigtem. Die **russische Unternehmenspräsenz in Deutschland ist stark auf rund 40 größte Unternehmen konzentriert**, die in den Bereichen Erdölraffinerie, Erdgasversorgung und -vertrieb, Fertigung von Metall- und Kunststoffprodukten, Glasproduktion und Verkehr tätig sind. Diese Unternehmen beschäftigen Tausende von Mitarbeitenden und verfügen über strategische Vermögenswerte im Wert von Milliarden. EU-Sanktionen haben die Fähigkeit dieser Unternehmen eingeschränkt, weitere strategische Vorteile zu erlangen und mehr Vermögenswerte in bestimmten Branchen in Europa zu erwerben. Dennoch bleibt ihr Potenzial für böswilligen Einfluss durch den Missbrauch ihrer lokalen Unternehmensnetzwerke und/oder verdeckte Operationen hoch.

Die **geopolitischen Risiken für die Energie- und Klimasicherheit** Deutschlands haben nach der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 erheblich zugenommen. Der Anteil russischen Gases erhöhte sich bis 2019 auf 49 % der gesamten deutschen Gasimporte, verglichen mit 34 % im Jahr 2009. Infolge dieses kurzfristigen politischen Wagnisses war Deutschland zum Zeitpunkt des Einmarschs Moskaus in der Ukraine im Februar 2022 eines der anfälligsten EU-Länder in Bezug auf die Versorgungssicherheit und allgemeine Energie- und Klimasicherheit gegenüber Russland. In den ersten Wochen der Invasion gehörten deutsche Unternehmen zu den lautstärksten Propheten eines bevorstehenden geoökonomischen Niedergangs in Europa. Dies verwirrte und verzögerte die strategische politische Reaktion der EU und Deutschlands. Die jahrzehntelange Verzögerung bei der Reaktion auf den aggressiven Autoritarismus Russlands führte zu einem schmerzhaften Zielkonflikt und erheblichen Kosten für Deutschland. Laut dem Energy and Climate Security

Risk Index (ECSRI) von CSD ist die deutliche Verbesserung der deutschen Energieversorgungssicherheit durch den fast vollständigen Ausstieg aus russischen Öl-, Gas- und Kohleimporten mit enormen Kosten in Form von höherer Energiearmut und verminderter industrieller Wettbewerbsfähigkeit verbunden.¹

Der Krieg des Kremls in der Ukraine führte zu einer Desillusion im Hinblick auf Jahrzehnte der deutschen Außenpolitik gegenüber Russland. Das Ausmaß und die Brutalität des russischen Einmarschs haben nach dem anfänglichen Schock eine entschiedene Reaktion der deutschen Gesellschaft und der deutschen Regierung hervorgerufen. Infolgedessen hat **Deutschland schnell Notfallmaßnahmen für wirtschaftliche Sicherheit und Entkopplung** im Energiesektor eingeführt, EU- und G7-Sanktionen gegen Russland in bislang unbekanntem Ausmaß unterstützt und Technologie- und Warenkontrollen durchgeführt. Im nächsten Schritt muss Deutschland daran arbeiten, nationale und europäische Institutionen für wirtschaftliche Sicherheit weiter zu stärken.

Als erste Verteidigungslinie muss sich Deutschland erfolgreich von Russland abkoppeln, um sicherzustellen, dass Moskau in Zukunft seine strategischen Instrumente nicht mehr einsetzen kann. Die deutsche Regierung muss Kapazitäten entwickeln, um eine **gut abgestimmte Strategie zum wirtschaftlichen Risikoabbau** zu entwerfen und umzusetzen, die als wichtige Generalprobe für die Reaktion auf die zunehmende globale Durchsetzungskraft Chinas gelten kann. Deutschland muss bei den EU-Bemühungen eine Vorreiterrolle einnehmen, eine gemeinsame Strategie für wirtschaftliche Sicherheit mit ihren jeweiligen Instrumenten für die Risikobewertung, Investitionsprüfung, Koordinierung von Zoll- und Finanzermittlungen, Bekämpfung von Geldwäsche usw. zu entwickeln und auf den Weg zu bringen. Der Schutz der Wirtschaft muss durch eine umfassende europäische Nearshoring- und Investitionsstrategie ausgeglichen werden, die auf einer Führungsrolle bei grünen und digitalen Technologien basiert.

Die nächsten Schritte der Entkopplung und Risikoreduzierung Deutschlands in seinen wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland sollten darin bestehen, dass die deutschen Unternehmen **ihr Engagement auf dem russischen Markt kontinuierlich und schrittweise abbauen**, indem sie ihre Aktivitäten in Russland einstellen und Joint Ventures und Unternehmenspartnerschaften mit russischen Unternehmen auslaufen lassen. Darüber hinaus besteht die dringende Notwendigkeit, **die in Deutschland aktiven informellen russischen wirtschaftlichen und politischen Netzwerke** kontinuierlich zu erfassen und ihren Einfluss abzubauen. Deutschland und die EU müssen institutionelle Abwehrmechanismen aufbauen, um strategische Korruptionsversuche und Angriffe auf die technologische Basis Europas abzuwehren.

Deutschlands wirtschaftliche Sicherheitsstrategie erfordert ausgefeilte Mechanismen zur **Überprüfung und Unterbinden** offener und verdeckter russischer strategischer Investitionen in Europa, die mit Kreml-nahen staatlichen Unternehmen und oligarchischen Netzwerken in Verbindung stehen. Diese Überprüfung muss durch Maßnahmen zur Gewährleistung der Transparenz hinsichtlich der Gesellschafterverhältnisse von Unternehmen innerhalb der EU, die **Stärkung der europäischen Infrastruktur zur Bekämpfung von Geldwäsche** und Bemühungen zur Verringerung des verborgenen wirtschaftlichen Einflusses des Kremls in Europa ergänzt werden.

Auf EU-Ebene ist ein **gemeinsamer EU-Mechanismus zur Durchsetzung von Sanktionen** erforderlich, der spezifische Vorgaben für nationale Zollbeamte beinhaltet, um den endbegünstigten Eigentümer von EU-Unternehmen zu ermitteln, die sanktionierte Waren und Dual-Use-Güter verkaufen. Auch der endbegünstigte Eigentümer von Käufern in Drittländern sollte ermittelt werden.

¹ Laut ECSRI sind die Erschwinglichkeitsrisiken für die Energie- und Klimasicherheit in Deutschland im Jahr 2022 um mehr als 100 % gestiegen. Weitere Einzelheiten über den Kompromiss zwischen Energiesicherheit und Erschwinglichkeit finden Sie in den folgenden Abschnitten.

1. Einleitung

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat die Selbstverständlichkeit von Frieden und Sicherheit in Europas als Irrglauben entblößt, die seit über siebenzig Jahren bestehende regelbasierte internationale Ordnung in Frage gestellt und den globalen Machtwettbewerb verschärft. Mit dem Beginn seiner großangelegten Invasion untergrub der Kreml auch die jahrzehntelang entgegenkommende deutsche Ostpolitik. In diesem Zusammenhang hat **Moskau sich dafür entschieden die einseitige Abhängigkeit**, die aus der umstrittenen Entscheidung Deutschlands und vieler anderer europäischer Nationen bei ihrer Energiewende auf russisches Gas als Übergangsbrennstoff zu setzen, entstanden ist, **als Waffe gegen diese Länder einzusetzen**. Chinas anhaltende Unterstützung des Kremls, wenn auch eher zurückhaltend und in diplomatische Formulierungen eingebettet, hat dazu beigetragen, die Weltgemeinschaft in gegnerische Lager zu spalten. Dies hat auf globaler Ebene zu einer Zunahme der transaktionalen Diplomatie geführt, die meist auf Kosten Russlands und der Europäischen Union (EU) geht. Moskaus und Pekings wirksamstes Instrument in dieser neuen Periode der globalen Rivalität ist die Staatsunterwanderung – der Einsatz von zersetzendem Kapital oder anderen Formen des wirtschaftlichen oder geopolitischen Zwangs, um staatliche, oligarchische oder private Wirtschaftsressourcen so zu lenken, dass man erwünschte außenpolitische Ziele erreicht und dabei trotzdem noch von den Regeln des internationalen freien Marktes profitiert.² Für das Überleben und den Wohlstand eines demokratischen Europas ist die **Entkopplung und/oder Risikominderung** von den zerstörerischen Auswirkungen dieses Unterwanderungsmodells von größter Bedeutung.

Die EU und Deutschland als ihre stärkste Volkswirtschaft und bevölkerungsreichste Demokratie wollen ihre globale Stellung stärken, indem sie gemeinsame transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitsbemühungen aufrechterhalten, ihre interne demokratische Widerstandsfähigkeit stärken und ihre Wirtschafts- und Investitionssicherheit gewährleisten.³ **Russland entgegenzukommen**, obwohl seine Außenpolitik die europäische Sicherheit aktiv untergräbt, wie es die EU nach der Annexion der Krim tat, ist nicht länger vertretbar. Fast ein Jahrzehnt später, im Zuge der großangelegten Invasion in der Ukraine im letzten Jahr, haben sowohl die EU im Ganzen als auch viele ihrer Mitgliedstaaten Maßnahmen ergriffen, um ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland zu verringern und letztendlich zu beenden. Zu diesem Zweck verhängten sie eine Reihe von Wirtschaftssanktionen gegen den Kreml und sein Netzwerk staatlich kontrollierter Unternehmen und stellten den Import von russischem Gas und Öl ein.

Während die **Sanktionen** wirksam dazu beigetragen haben, einige Finanzbeziehungen zwischen Europa und russischen Unternehmen zu durchbrechen und den Einsatz von Energie als Waffe durch den Kreml zu verhindern, war ihre **Durchsetzung** in besorgniserregendem Maße inkonsequent. Dies hat sich insbesondere im Hinblick auf die Kontrolle sensibler Technologien und Dual-Use-Güter sowie die Störung offener und verdeckter Einflussnetzwerke von Unternehmen als besorgniserregend erwiesen. Die deutsche Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um ihre Abhängigkeit von russischen Importen fossiler Brennstoffe nahezu vollständig zu beenden und die zerstörerische Präsenz des Unternehmens Gazprom in der deutschen Wirtschaft zu beenden. Allerdings gibt es weiterhin **Schwachstellen in Schlüssel-sektoren**, und es sind weitere, umfassendere politische Maßnahmen vonnöten, um Deutschland vollständig von den russischen Staatsunterwanderungsnetzwerken abzukoppeln, die die Kriegsmaschinerie des Kremls antreiben und weiterhin die wirtschaftliche Sicherheit und die demokratischen Institutionen sowohl Deutschlands als auch der EU bedrohen. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Versuche, sich von Russland zu entkoppeln, durch die zunehmende Abhängigkeit von China eingeschränkt werden. Die deutsche Regierung hat die Problematik dieser Abhängigkeit in ihrer ersten Nationalen Sicherheitsstrategie anerkannt, die darauf abzielt, Risiken für die Wirtschaft zu verringern und auf wirtschaftliche Partnerschaften mit verbündeten Staaten zu setzen. Allerdings lässt die Bezeichnung Chinas als „Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale“⁴ auch erkennen, welche zögerliche Haltung das Land einnimmt, wenn es darum geht, Maßnahmen zu ergreifen, um der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Durchsetzungskraft Chinas weltweit entgegenzuwirken.

Im Rahmen des Vorschlags der Europäischen Kommission für eine Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit wurden spezifischere Maßnahmen zur Risikominderung vereinbart, darunter die Einführung eines EU-Instrument gegen Zwangsmaßnahmen⁵, um Länder davon abzuhalten, Handel oder Investitionen einzuschränken oder damit zu drohen, um eine Änderung legitimer Politik in der EU herbeizuführen, und die Gründung eines „Clubs für kritische Rohstoffe“⁶, um langfristige Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern für einen fairen und nachhaltigen Handel aufzubauen, der allen beteiligten Ländern zugutekommt.“

Der wirtschaftliche Einfluss Russlands in Deutschland ist das Ergebnis des Einsatzes verschiedener **strategischer Instrumente aus dem Kreml-Playbook-Werkzeugkasten**.

2 Shentov, O., Stefanov, R. und Vladimirov, M. (Hrsg.), *The Kremlin Playbook in Europe*, Sofia: Center for the Study of Democracy, 2020.

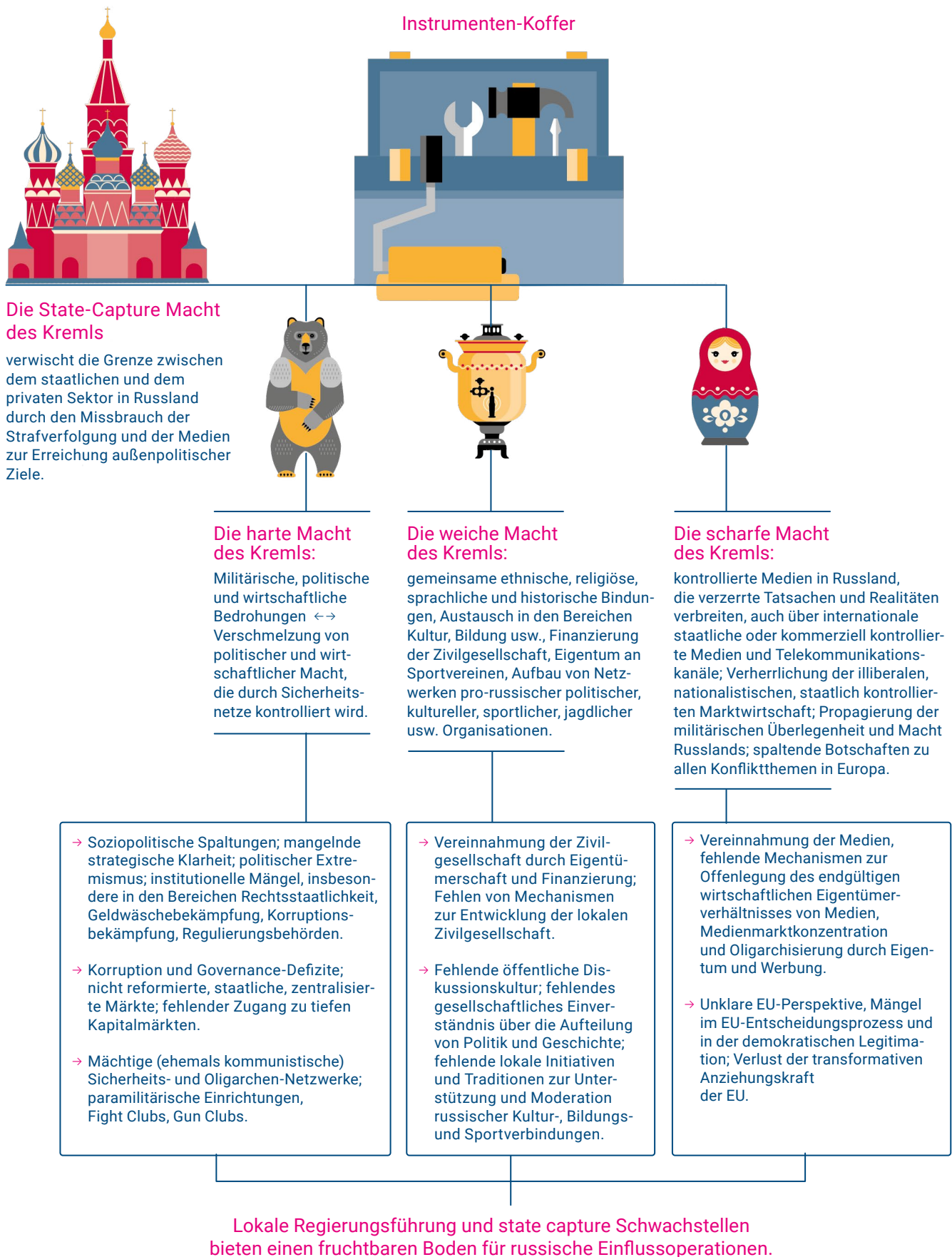
3 Center for the Study of Democracy, *Countering the Kremlin Playbook in Europe after Russia's Invasion of Ukraine*, Policy Brief No. 115, Oktober 2022.

4 Die Bundesregierung, *Integrierte Sicherheit für Deutschland – Nationale Sicherheitsstrategie*, Juni 2023.

5 EU-Kommission, *Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit*, Juni 2023, S. 9.

6 EU-Kommission, *Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit*, Juni 2023, S. 16.

Abb. 1 | Die Instrumente des Kremls zur Nutzung seiner Staatsunterwerbungsfähigkeiten zur Erreichung außenpolitischer Ziele



Diese Instrumente reproduzieren die innerstaatliche Unterwanderungsfähigkeit des Kremls in Russland, wo die beiden bestimmenden Merkmale des politischen Regimes in Moskau, **Autokratie und Korruption, die Grenze zwischen staatlichem und Privatkapital verwischen**. Die Konzentration der wirtschaftlichen und politischen Macht in den Händen einer kleinen Zahl derzeitiger oder ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter festigte den Einfluss des Kremls auf die russische Gesellschaft und ermöglichte es ihm, seine revisionistische Außenpolitik fortzusetzen. Die innenpolitische Verschmelzung geschäftlicher und politischer Interessen in Russland spiegelt sich in der europäischen Außenpolitik und Strategie des Landes wider. Diese Einflusskampagne nutzt die soziale, wirtschaftliche und politische Polarisierung sowie demokratische Defizite und Lücken in der Regierungsführung, die wichtige Angriffspunkte für den Kreml und andere autoritäre Einflüsse darstellen, aus und gedeiht auf ihnen.

In Deutschland hat sich der Kreml sowohl auf institutionelle Wegbereiter als auch auf Regierungslücken verlassen, unter anderem in Form von Korruption und Voreingenommenheit in Politik und Regierung, der ineffektiven Durchsetzung be-

stehender Gesetze und Polarisierung in den Medien.⁷ Der Kreml nutzt vier wiederkehrende **Instrumente zur Einflussnahme des russischen Staates** in Deutschland: die Förderung großer Energieprojekte mit russischer Beteiligung, die Unterstützung politischer Parteien mit antiwestlichen Agenden, die Verflechtung strategischer Unternehmen und Vermögenswerte in langfristige Geschäfte mit russischen oder mit Russland verbündeten Unternehmen und die Überflutung des Cyber- und Medienraums mit Desinformation und Propaganda.⁸ Russlands Oligarchen, die in vielen Fällen vom Staat ernannt werden, brauchen Zugang zur Regierung, um ihren Reichtum zu bewahren und zu vermehren. Im Gegenzug nutzt der Kreml ihren Reichtum, um seine außenpolitischen Ziele voranzutreiben.

Der folgende Bericht bietet eine strategische Einschätzung des Ausmaßes und der Größenordnung des wirtschaftlichen Einflusses des Kremls in Deutschland. Die Analyse konzentriert sich insbesondere auf den direkten und indirekten wirtschaftlichen Fußabdruck Russlands in den energieintensiven Industriezweigen Deutschlands, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden.

2. Kartierung des wirtschaftlichen Einflusses Russlands in Deutschland

Trotz der zunehmend aggressiven und revanchistischen Rhetorik Russlands gegenüber der Ukraine, die internationale Gesetze und Normen offen in Frage stellte, hielt Deutschland weiterhin an seiner Doktrin "Wandel durch Handel" fest und ging davon aus, dass die wirtschaftliche Verflechtung ausreichen würde, um etwaige russische Pläne für eine weitere militärische Aggression zu unterbinden. Deutschland vertiefte seine Wirtschaftsbeziehungen zu Moskau weiter, knüpfte stärkere Handelsbeziehungen, finanzierte große gemeinsame Projekte und ermöglichte einen erheblichen Zufluss deutschen Kapitals und Technologie nach Russland. Viele der größten Unternehmen Russlands, von denen sich die meisten entweder in Staatsbesitz befinden oder über Oligarchennetzwerke eng mit dem Staat verbunden sind, haben erfolgreiche Kooperationsvereinbarungen mit deutschen Unternehmen geschlossen.

In einem mittlerweile berühmten Beispiel für die kurz-sichtige Ostpolitik Berlins haben sich deutsche Unternehmen mit europäischen Mitbewerbern und dem staatlichen russischen Ölgiganten Gazprom zusammengetan, um gemeinsam die **russischen Unterwasser-Gaspipeline-Projekte Nord Stream 1 und 2** zu entwickeln. Landtransitrouten

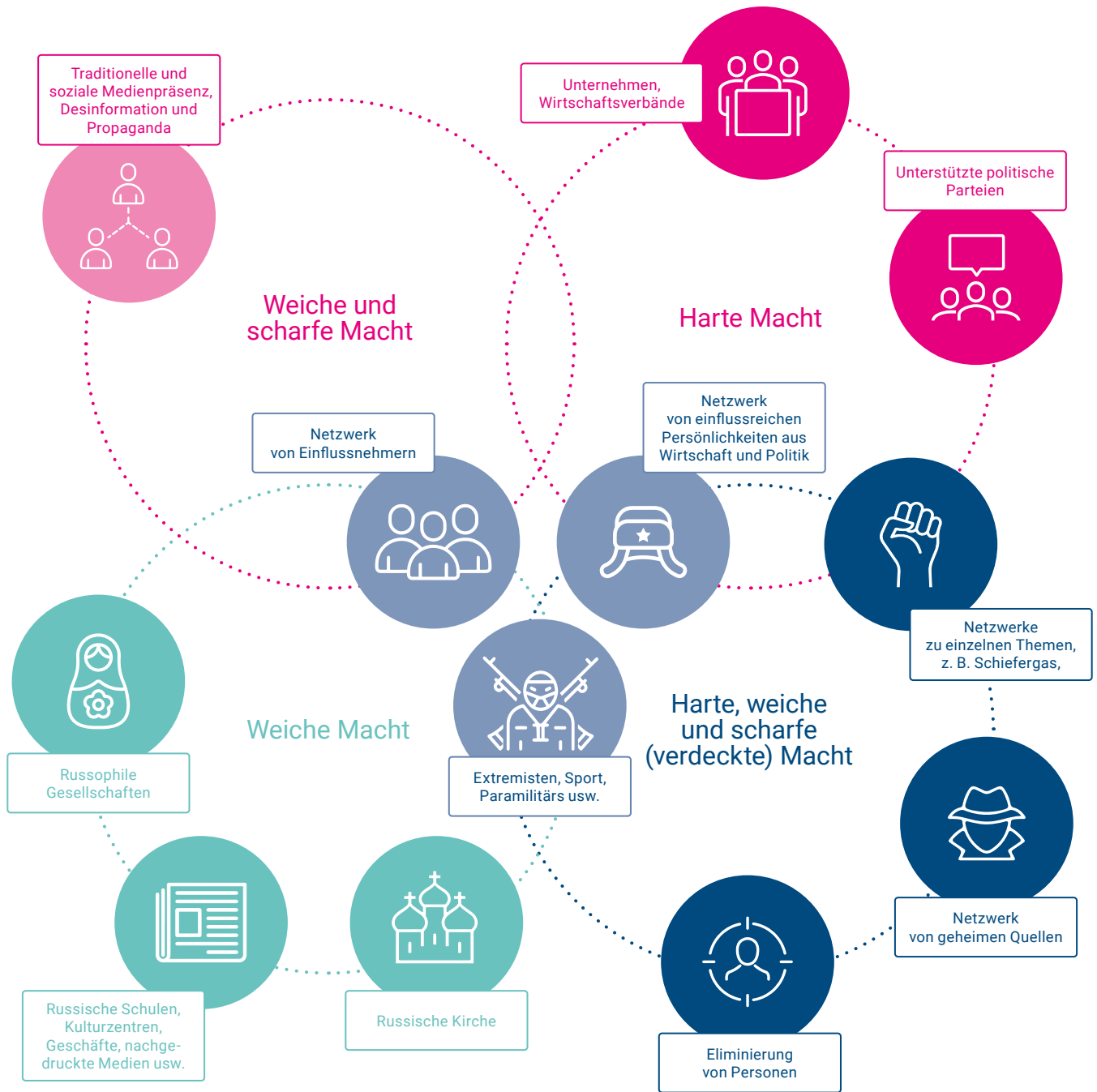
wurden umgangen und sowohl die Sicherheit der europäischen Erdgasversorgung als auch die Transiteinnahmen der Ukraine und mitteleuropäischer EU-Mitgliedstaaten wurden in erheblichem Maße untergraben. Jahrelang verteidigte eine Mehrheit der deutschen Politik- und Wirtschaftselite die Bedeutung von Nord Stream 2 für die Energiesicherheit Deutschlands. Letztendlich stellte sich jedoch heraus, dass viele der größten Befürworter der Pipeline über ein komplexes Netz von Foren, Organisationen und Lobbygruppen persönlich und finanziell am Erfolg des Projekts beteiligt waren. Diese verbundenen Unterstützer nutzten ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss, um für die Fertigstellung des Projekts zu kämpfen.⁹ Nord Stream 2 war ein Beispiel dafür, wie die Staatsunterwanderung im eigenen Land es dem **Kreml ermöglichte, verschiedene Kombinationen harter, weicher und scharfer Machtinstrumente als Waffe einzusetzen**, um seine außenpolitischen Ziele voranzutreiben und die europäische Sicherheit und Demokratie zu untergraben. Zu diesem Instrumentarium, das auf die Abschöpfung wirtschaftlicher Gewinne und die Umgehung staatlicher und oligarchischer Unternehmensnetze ausgerichtet war, gehörten unter anderem lukrative Positionen ehemaliger politischer Schwergewichte in den Vorständen russischer Staatsunter-

7 Galev, T., Gerganov, A. und Todorov, B. (Hrsg.), *State Capture Deconstructed: Risk Measurement in Vulnerable Economic Sectors in Europe*, Sofia: Center for the Study of Democracy, 2021.

8 Filipova, R., Stefanov, R., *Countering Kremlin's Media Influence in Europe: Patterns of Anti-Democratic Messaging, Disinformation Responses, and Resilience Assets*, Sofia: Center for the Study of Democracy, 2021.

9 Nitzov, B., and Rangelova, K., *How to Deal with Kremlin's Desire to Starve Europe of Energy: The Case of Nord Stream 1 and Beyond*, CSD Working paper, August 2022.

Abb. 2 | Die Instrumente des Kremls zur Nutzung seiner Staatsunterwerdungsfähigkeiten zur Erreichung außenpolitischer Ziele



Quelle: Center for the Study of Democracy (CSD)

nehmen, ständige Propaganda und Desinformation in den Medien, die Unterstützung systemfremder politischer Parteien, die Gründung von karitativen Tarnorganisationen und das ständige Schüren von Ängsten vor brutalen Mordserien

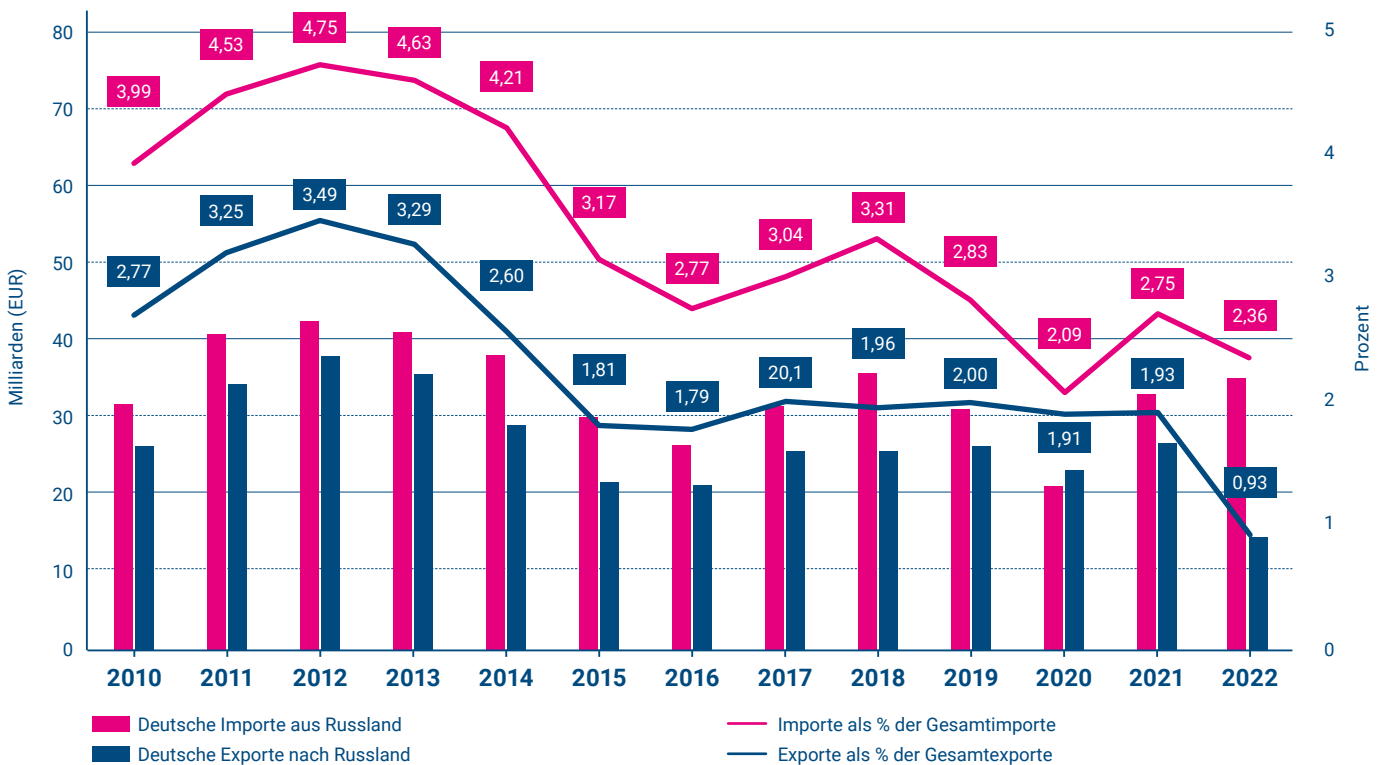
in ganz Europa, einschließlich Deutschlands. All diese Instrumente wurden durch eine immer aggressivere Rhetorik und die Zurschaustellung militärischer Macht durch den Kreml gegenüber der EU und der NATO unterstützt.

Strukturelle Handelsbeziehungen

Seit Anfang der 2000er Jahre hat Deutschland seine Wirtschaftsbeziehungen zu Russland kontinuierlich vertieft. Deutschland ist Russlands zweitgrößter Handelspartner und exportiert Maschinen, Fahrzeuge und Fahrzeugteile nach Russland.¹⁰ Bis zum Herbst 2022 war Russland der wich-

tigste Energielieferant Deutschlands und lieferte zwischen 35 und 40 % der gesamten deutschen Öl-, Gas- und Kohleimporte. Der Anteil Russlands an den deutschen Auslandseinkäufen unterscheidet sich erheblich zwischen dem Energiesektor, in dem Russland früher eine Schlüsselrolle spielte, und anderen Wirtschaftszweigen, in denen die Präsenz des Landes weitgehend vernachlässigbar blieb.

Abb. 3 | Gesamthandel zwischen Deutschland und Russland, nominal und relativ



Quelle: CSD auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis).

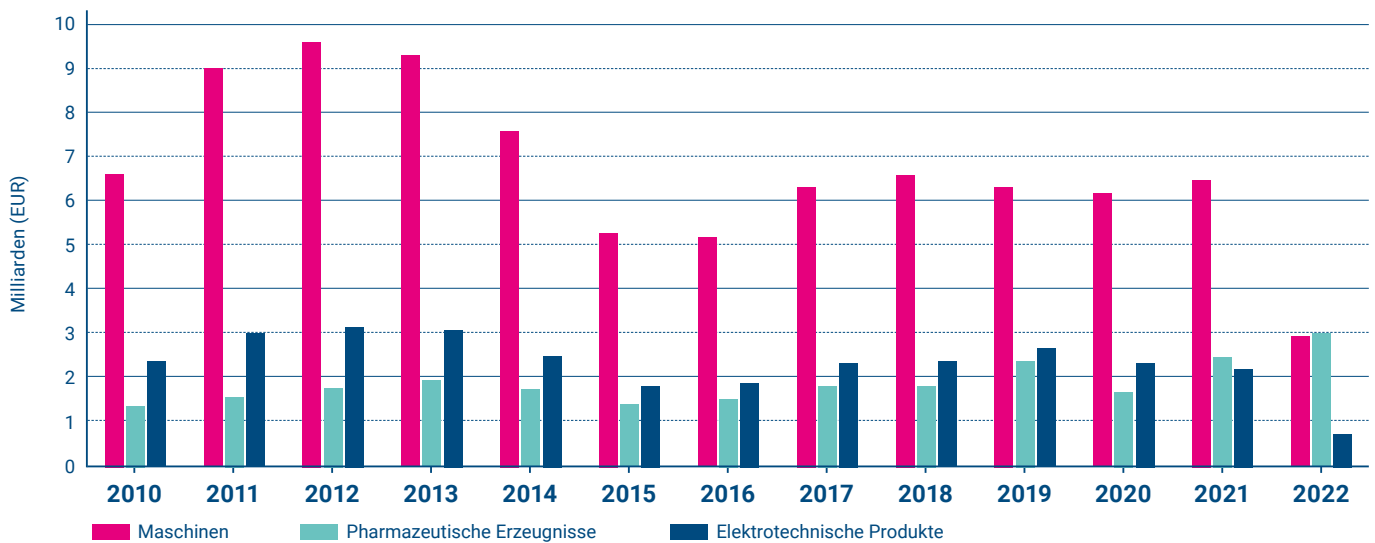
Der Eckpfeiler der russisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen ist die **Symbiose zwischen Energiehandel und Schwerindustrie**. Russlands enorme Energieressourcen haben die deutsche Industrie angetrieben, die dann den russischen Markt mit Produkten mit hoher Wertschöpfung und hochentwickelter Technologie versorgte. Die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern stellten jedoch nie einen wesentlichen Teil der deutschen Wirtschaft dar, und der Handelsumsatz war nach der Annexion der Krim sogar rückläufig. Der russische Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 führte zu einem deutlichen Rückgang des Handelsumsatzes um rund 50 % (hauptsächlich aufgrund der Verringerung der deutschen Exporte) im Vergleich zu den Durchschnittswerten des letzten Jahrzehnts. Die Daten für 2023 würden wahrscheinlich einen viel stärkeren Rückgang des bilatera-

len Handels zeigen, da Deutschland während eines Großteils des Jahres 2022 noch erhebliche Mengen an russischem Öl und Erdgas importierte.

Während der Großteil der deutschen Importe russischer Waren aus fossilen Brennstoffen und Rohstoffen bestand, ist die **deutsche Exportstruktur für den russischen Markt vielfältiger**. Zu den wichtigsten Exportgütern zählen traditionell schwere Maschinen, elektrotechnische Ausrüstung und Arzneimittel. Wie das Bild der allgemeinen Handelsströme oben zeigt, sind die deutschen Exporte im Vergleich zu 2012 um 70 % zurückgegangen, mit Ausnahme der Arzneimittelverkäufe, die in den letzten drei Jahren ein zweistelliges Wachstum verzeichneten. Arzneimittel wurden von den Sanktionslisten der EU und der USA gestrichen.

¹⁰ Auswärtiges Amt, Deutschland und die Russische Föderation: bilaterale Beziehungen, Stand 2021.

Abb. 4 | Nominaler Export von Massenwaren aus Deutschland nach Russland



Quelle: CSD auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis).

Eine Kategorie von Exportwaren von besonderem Interesse sind die sogenannten „Dual-Use-Güter“, also Produkte, die sowohl zivile als auch militärische Anwendungen haben. Die drei größten Kategorien, die möglicherweise zu den russischen Kriegsanstrengungen in der Ukraine beitragen, sind Halbleiter, Leiterplatten (PCBs) sowie Sprengstoffe und Zünder (E&Ds). Bis 2018 war der Exportwert deutscher Leiterplatten, Sprengstoffe und Zünder unbedeutend. Dies änderte sich im Jahr 2019, als sich die russische PCB-Nachfrage verzehnfachte und bis zur Einführung der Sanktionen relativ konstant blieb. Im Jahr 2022 sind mit Ausnahme von Halbleitern die meisten übrigen deutschen Militärexporte versiegt.

Investitionsbeziehungen

Obwohl der bilaterale Handelsumsatz rückläufig ist, hatten deutsche Unternehmen zum Jahresende 2021 mehr als 21 Milliarden Euro investiert. Damit ist Deutschland nach Zypern und den Niederlanden der drittgrößte Investor in Russland.¹¹ Auch heute noch sind viele deutsche Unternehmen in Russland tätig und es sind immer noch mehrere tausend russische Firmen in verschiedenen deutschen Märkten aktiv. Angesichts der nachgewiesenen Erfolgsbilanz Russlands beim Missbrauch von Unternehmensnetzwerken für außenpolitische Ziele, unter anderem durch den Einsatz **strategischer Korruption**, stellen diese Unternehmensnetzwerke Risiken für die Wirtschaft und die Investitionssicherheit dar. Diese Risiken dürften zukünftig weiter zunehmen, da der Kreml versucht, Sanktionen zu entgehen, indem er verschleiert, wer der endbegünstigte Eigentümer seiner Unternehmen ist.

Die ausländischen Direktinvestitionen (FDIs) Russlands in Deutschland haben sich von 2012 bis 2020 beinahe verdreifacht und erreichten rund 9,5 Milliarden Euro, bevor sie Ende 2021 auf 5,5 Milliarden Euro sanken (immer noch 75 % höher als vor einem Jahrzehnt). Obwohl die **ausländischen Direktinvestitionen Russlands in Deutschland** im Vergleich zum BIP des Landes oder sogar zum Gesamtinvestitionsbestand winzig sind, konzentrieren sie sich auf einige wenige strategische Wirtschaftssektoren wie die Energieversorgung (hauptsächlich Erdölraffinerie sowie Transport, Speicherung und Vertrieb von Erdgas).

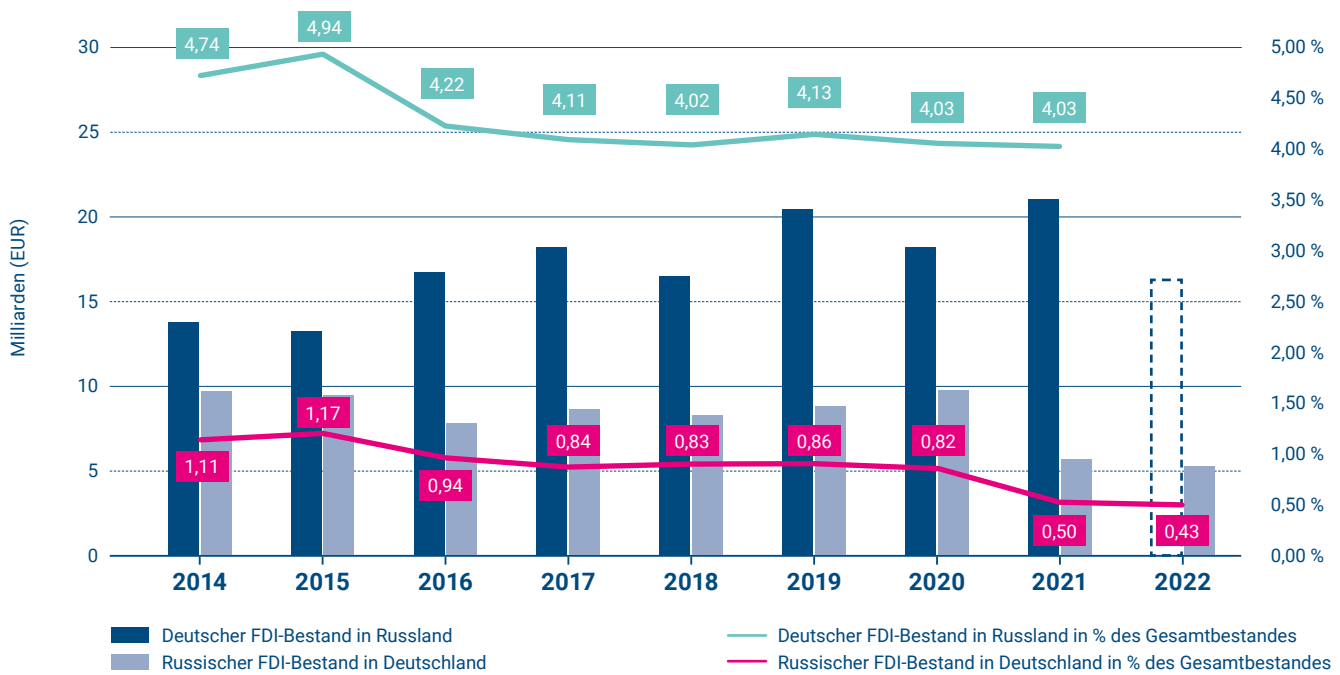
Deutsche Direktinvestitionen in Russland machen 4 % der gesamten Auslandsinvestitionen in Russland aus. Wenn Roundtripping-Investitionen in Verbindung mit russischen Unternehmen aus Offshore-Destinationen wie den Britischen Jungferninseln, Zypern, den Niederlanden und Luxemburg ausgeschlossen werden, könnten die deutschen ausländischen Direktinvestitionen in Russland bis zu 10 % der Gesamtbestände ausmachen. Schätzungen zufolge sind die deutschen Investitionen im Jahr 2022 durch das Inkrafttreten der Sanktionen und den Rückzug großer Investoren um mindestens 25 % zurückgegangen.¹² Der massive Unternehmensexodus wurde jedoch durch russische Gegenmaßnahmen „gedämpft“, zu denen unter anderem die Einführung von Beschränkungen für ausgehende Kapitalströme in „feindliche“ Länder gehörte, was den Kapitalabzug erschwerte.¹³ Infolgedessen sind viele deutsche und westliche Unternehmen auf dem russischen Markt gestrandet und haben nicht nach aktiven Maßnahmen gesucht, um ihre Interaktionen mit Russland tatsächlich zu beenden.

11 Bei Investitionen aus Zypern und den Niederlanden handelte es sich in sehr vielen Fällen im Wesentlichen um russische Investitionen, da russische Unternehmen die laxeren Vorgaben zur Anmeldung von Unternehmen und die günstigen Steuersysteme der beiden Länder nutzten, um Gewinne dort zu parken. Damit dürfte Deutschland der größte europäische Investor in Russland sein. Für eine detailliertere Analyse siehe Shentov, O., Stefanov, R. und Vladimirov, M. (Hrsg.), *The Kremlin Playbook in Europe*, Sofia: CSD, 2020.

12 Eine konservative CSD-Schätzung, basierend auf der Annahme, dass die deutschen Desinvestitionen proportional zu Deutschlands ausländischem Direktinvestitionsanteil am Gesamtbestand waren, und basierend auf dem allgemeinen Rückgang ausländischer Direktinvestitionen in Russland nach Beginn des Krieges in der Ukraine.

13 Simola, H., *Can Russia reorient its trade and financial flows?*, Bank of Finland Policy Brief 2022 No.7, Dezember 2022.

Abb. 5 | Der deutsche Bestand an ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in Russland, nominal und relativ



Quelle: CSD basierend auf Daten der russischen Zentralbank

Unternehmenspräsenz

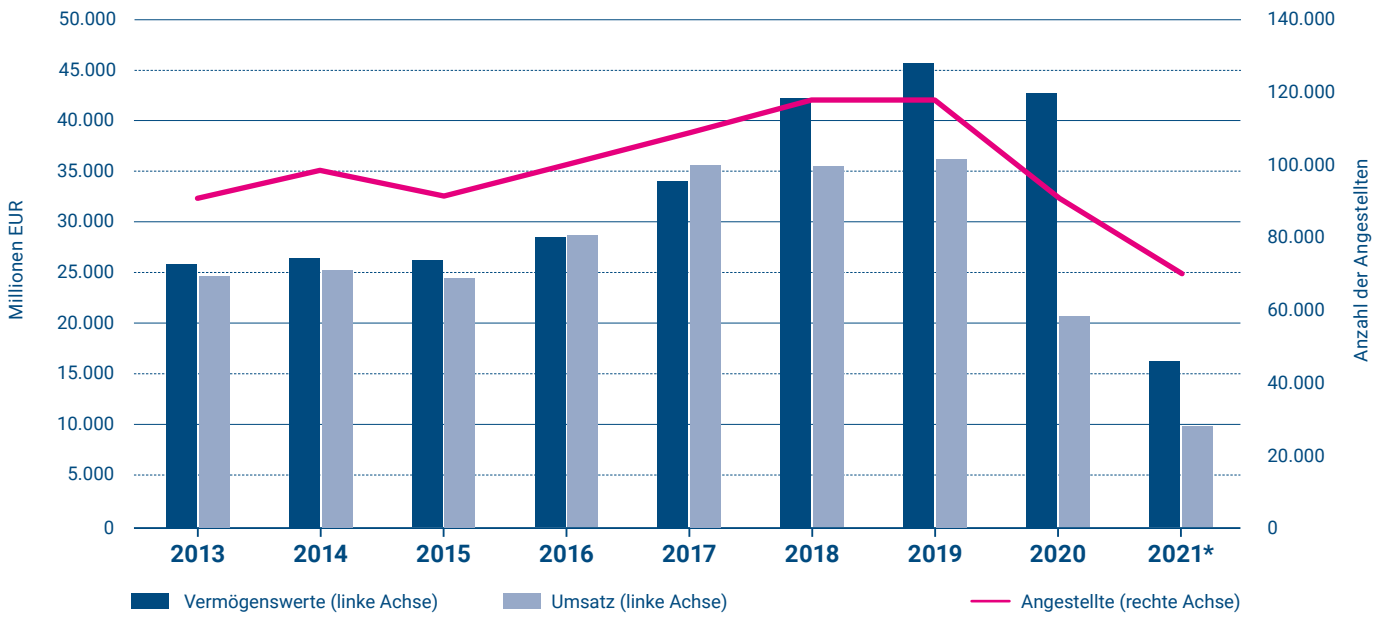
Obwohl bis Ende 2022 1.713 Unternehmen mit russischen Endbegünstigten identifiziert wurden, ist die russische Unternehmenspräsenz in Deutschland klein und stark auf rund 40 größere Unternehmen konzentriert, die in den Bereichen Erdöllraffination, Erdgasversorgung und -vertrieb, Fertigung von Metall- und Kunststoffprodukten, Glasproduktion, Rohstoffhandel, Bank- und Beratungsdienstleistungen tätig sind.

Im letzten Jahrzehnt verfügten von Russland kontrollierte Unternehmen über Vermögenswerte im Wert von 25 bis 45 Milliarden Euro und beschäftigten landesweit rund 100.000 Arbeitnehmende – ein winziger Bruchteil der deutschen Wirtschaft und Arbeitskräfte. Lediglich 1,9 % des Umsatzes aller ausländisch kontrollierten Unternehmen in Deutsch-

land wurden im Jahr 2019 von Firmen mit russischen Eigentümern erwirtschaftet.¹⁴ Nach der Einführung von EU-Sanktionen gegen eine Reihe russischer Banken (einschließlich VTB Europe) und den Maßnahmen der deutschen Regierung mit dem Ziel, die wichtigsten Vermögenswerte von Rosneft und Gazprom unter staatliche Kontrolle zu bringen, hat die **Präsenz russischer Unternehmen in Deutschland ihren strategischen Vorteil verloren**. Dennoch sollte ihr Potenzial, russischen Einfluss im Land auszuüben, nicht unterschätzt werden, wenn man bedenkt, dass ein Teil des Rückgangs wahrscheinlich nur auf die Rechnungslegung zurückzuführen ist und der Kreml weitreichende Unternehmensnetzwerke in ganz Europa aufgebaut hat. Diese dürften zunehmend auch in verdeckte Operationen zur Lieferung von Dual-Use-Gütern involviert sein, um die russische Kriegsmaschinerie am Laufen zu halten.

14 Dierig, C., Direct investment: That's why Russian companies are reluctant to invest in Germany, WELT, Februar 2022.

Abb. 6 | Russische Unternehmenspräsenz in Deutschland



Top 10 nach Umsatz in Millionen Euro



* Unternehmensdaten für 2022 sind noch nicht verfügbar, da die Unternehmensstatistiken für 2021 unvollständig sind.

Quelle: CSD basierend auf Unternehmensdatenbankdaten

Der Einfluss des Kremls auf Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten lässt sich zum großen Teil durch die **zunehmende Präsenz deutscher Unternehmen auf dem russischen Markt** erklären. Große deutsche Unternehmen wie Siemens, Bayer, Henkel, BMW, Mercedes-Benz, Volkswagen und UNIPRO haben alle große Fertigungs- und Vertriebsstandorte in Russland. Nach Angaben der Russisch-Deutschen Handelskammer waren am Vorabend des großflächigen russischen Einmarschs in der Ukraine im Jahr 2022 rund **4.500 deutsche Unternehmen in Russland tätig**, deren Gesamtumsatz im letzten Jahrzehnt zwischen 50 und 60 Milliarden Euro pro Jahr lag und die rund 200.000 Menschen in Russland beschäftigten. Darüber hinaus verfügten einige deutsche Energieunternehmen über langfristige Gasimportverträge und führten gemeinsam mit Gazprom Explorations- und Produktionsprojekte in Sibirien durch. Deutsche Firmen erhielten regelmäßig große Infrastruktur- und Ent-

wicklungsaufträge in verschiedenen russischen Sektoren und waren am Bau von Kraftwerken, Stromnetzen, Autobahnen und anderen öffentlichen Einrichtungen beteiligt.

Die tiefen und langfristigen Verbindungen europäischer und deutscher Unternehmen zum russischen Markt und die **Am-bivalenz einiger früherer Sanktionsrunden**, insbesondere nach der Annexion der Krim, haben dazu geführt, dass viele von ihnen seit Beginn der Invasion im Jahr 2022 in Russland gestrandet sind. Nur 8,5 % der rund 2.405 Unternehmen im Besitz von EU- und G7-Konzernen haben nach dem Einmarsch einen Teil oder ihr gesamtes Geschäft aus Russland abgezogen.¹⁵ Von den 375 größten deutschen Unternehmen, die in Russland Geschäfte machen, haben 25 % angekündigt, das Land verlassen zu haben, aber nur 6 % sind tatsächlich aus dem Land ausgeschieden, darunter Marken wie Aldi, Deutsche Bank, Lufthansa und Mercedes-Benz.¹⁶

Box 1 | Deutsche Geschäftsaktivitäten in Russland nach der Invasion

Um die Kräfte und Beweggründe besser zu verstehen, mit denen deutsche Unternehmen, die in Russland tätig sind, nach Beginn des Krieges im Jahr 2022 konfrontiert sind, ist es wichtig, einige der bisher bekannten Fälle hervorzuheben.

Die Volkswagen AG hat beschlossen, die Produktion von Fahrzeugen in und den Export von Autos nach Russland bis auf weiteres einzustellen. Das Unternehmen wird voraussichtlich die Auflösung des Produktionsstandorts in Nischni Nowgorod bekanntgeben. Außerdem haben Käufer Interesse an einem Werk im russischen Kaluga bekundet.¹⁷

Der Einzelhändler Metro AG setzte seine Geschäfte in Russland in großem Umfang fort. Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Supermarktkette Metro bestätigte Pläne zur Weiterführung des Geschäftsbetriebs und argumentierte, dass das Unternehmen Verantwortung für mehr als 15.000 Mitarbeitende und seine Kunden trage. Die Nationale Agentur für Korruptionsprävention der Ukraine hat Metro in ihre Liste der „internationalen Kriegssponsoren“ aufgenommen, nachdem dem Hauptaktionär Daniel Kretinsky (tschechischer Geschäftsmann, der 29,99 % der Anteile an METRO hält) Verbindungen zum russischen Öl-, Gas-, und Bankensektor vorgeworfen wurden.¹⁸ Die Metro AG arbeitet mit der russischen Staatsbank Sberbank (derzeit durch die EU und USA sanktioniert, mit Ausnahme der Abwicklung des Energiehandels) zusammen, um ein Franchise-Projekt für Lebensmittelketten in Russland zu entwickeln, das das russische Mir-Zahlungssystem nutzt.

Bosch, das bis zum Einmarsch in zwei russischen Werken Kühlschränke und Waschmaschinen produzierte, gehört zu den Unternehmen auf der „Warteliste“, die nach Käufern suchen. Aufgrund von Sanktionen wegen Exporten nach Russland wurde die Produktion eingestellt.¹⁹ Zu einer Veräußerung kam es jedoch noch nicht.

Obwohl Bayer die Beendigung aller nicht essentiellen Geschäftsaktivitäten in Russland und Weißrussland angekündigt hatte, beschloss der Konzern aus ethischen Gründen, den russischen Landwirten weiterhin Zugang zu Gesundheits- und Agrarprodukten zu gewährleisten.²⁰

Ähnlich wie die Metro AG betreibt Knauf 14 Standorte in Russland, neue Investitionen wurden jedoch ausgesetzt. Anfang März 2022²¹ betonte das Unternehmen erneut seine Verantwortung für seine mehr als 4.000 Mitarbeitenden und beschloss, den Regelbetrieb aufrechtzuerhalten, solange die politische und wirtschaftliche Situation dies zulässt. Im Dezember 2022 unterstützte die russische Tochtergesellschaft von Knauf angeblich den Kreml bei seiner Rekrutierungskampagne für Soldaten. Das Unternehmen argumentierte jedoch, es befolge lediglich die lokalen Bestimmungen zur Bereitstellung von Listen militärisch qualifizierter Mitarbeiter, die vorübergehend zum Militärdienst geschickt werden sollten²¹.

15 Evenett, S., & Pisani, N., *Less than Nine Percent of Western Firms Have Divested from Russia*. SSRN Electronic Journal, Januar 2023.

16 Das LeaveRussia-Projekt hat internationale Unternehmen in vier Kategorien (Status) eingeteilt: „gebliebene“ Unternehmen, die weiterhin in Russland tätig sind; „abwartende“ Unternehmen, die den laufenden Betrieb reduziert und neue Investitionen ausgesetzt haben; „verlassende“ Unternehmen, die den russischen Betrieb eingeschränkt haben; „ausgestiegene“ Unternehmen, die den Ausstieg aus Russland abgeschlossen haben.

17 Reuters, No decision on sale of Volkswagen's last Russian factory, says govt, Reuters, März 2023.

18 Krantz, P., Ukraine labels German wholesaler Metro as 'sponsor of war', DW, März 2023.

19 Kornev, T., Вендоры толпятся у плиты, Kommersant, Februar 2023.

20 Bayer, Bayer-Statement zur Ukraine, Bayer, Mai 2023.

21 KNAUF, Кнауф остается в России, KNAUF-Pressemitteilung, März 2022. Verfügbar unter: <https://www.knauf.ru/about/pressroom/current-press-infos/2022/3/11/knauf-ostaetsja-v-rossii.html> (Letzter Zugriff: 26.06.2023).

22 Business & Human Rights Resource Centre, Tochterfirma von Knauf soll laut Spiegel-Bericht russische Behörden bei der Rekrutierung neuer Soldaten unterstützt haben, Business & Human Rights Resource Centre, Dezember 2022.

Die Claas-Gruppe, der größte deutsche Hersteller von Landmaschinen, lässt sein Werk in Krasnodar weiterhin geöffnet.²³ Obwohl sich das Unternehmen nicht öffentlich geäußert hat, hat es eine interne Prüfung angeordnet, um festzustellen, ob es gegen die Sanktionen gegen Russland verstoßen hat. In einem formellen Antrag²⁴ beim Europäischen Parlament wurde eine Untersuchung des „Claas-Falls“ gefordert, um ausdrücklich festzustellen, ob das Unternehmen verbotene Güter mit der Absicht verbaut hat, sie neu zu klassifizieren, oder verbotene Güter nach Russland geschmuggelt hat, indem es sie in erlaubten Waren versteckte. Dem Unternehmen wurde außerdem vorgeworfen, Schlupflöcher genutzt zu haben, um sanktionierte Waren nach Russland zu exportieren.

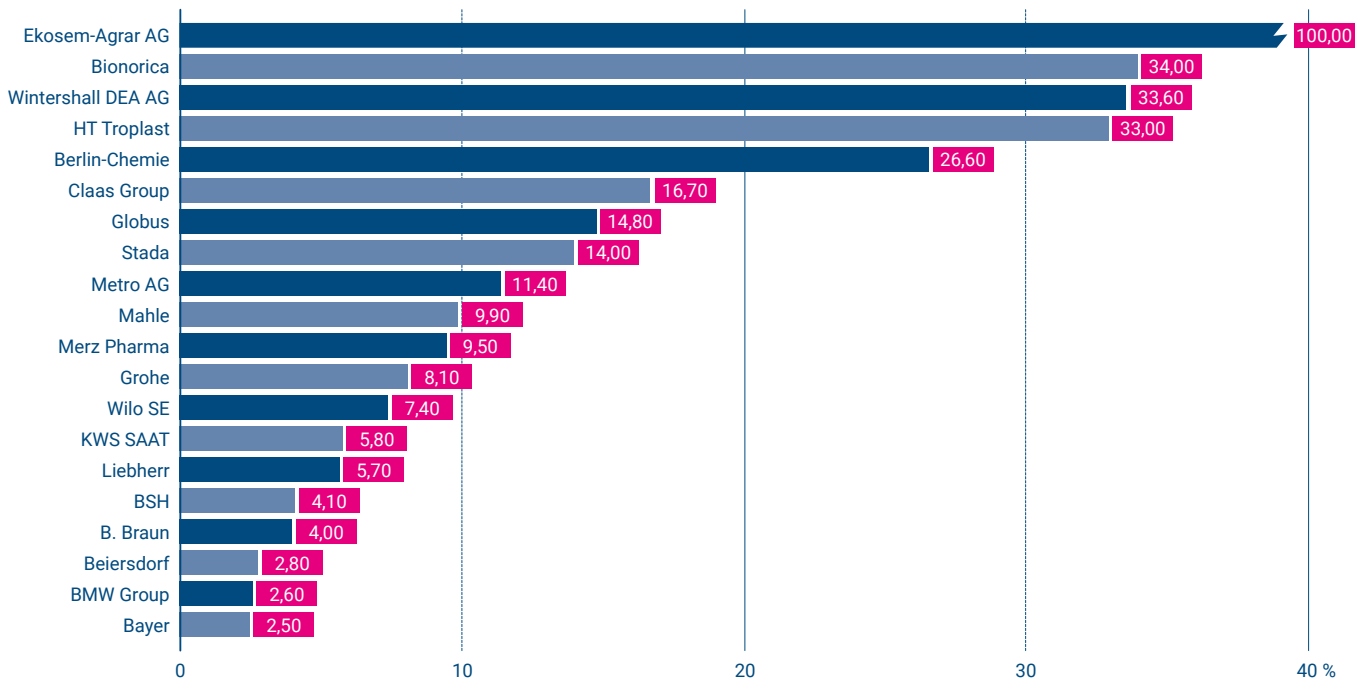
Der Kühlschrankhersteller Liebherr ist seit 1965 ein bedeutender Investor in Russland und heute ist Russland einer der größten Absatzmärkte des Unternehmens. Die Liebherr-Gruppe verfügt über zwei Fabriken in Dserschinsk (Region Nischni Nowgorod) und in Moskau. Das Unternehmen hat seinen Betrieb nach dem Krieg wie gehabt weitergeführt, obwohl es öffentlich erklärte, die gegen Russland verhängten Sanktionen zu unterstützen und umzusetzen.²⁵

Das in Deutschland ansässige Unternehmen Ekosem-Agrar, eines der größten Agrarunternehmen Russlands, führt seine Geschäfte weiterhin offen fort und hat sogar seine Gewinne gesteigert. Das Unternehmen geriet nach der Verhängung von Sanktionen gegen Russland in eine finanzielle Krisensituation, die die Einführung eines Anleiherestrukturierungsprogramms zur Folge hatte. Dennoch zeigen vorläufige Zahlen zum 30. September 2022, dass das Unternehmen seinen Umsatz im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat und in den ersten 9 Monaten des Jahres 613 Millionen Euro erzielt.²⁶

Im Gegensatz hat mehr als die Hälfte (55 %) der Unternehmen beschlossen, ihre Geschäftstätigkeit in Russland fortzusetzen oder ihr Geschäft in Erwartung regulatorischer oder politischer Klarheit auf Eis gelegt. Von den 50 größten Unternehmen, die auf russischem Boden verbleiben, gehören 12 zu den 100 umsatzstärksten Unternehmen in Russland (darunter die Volkswagen Group, die Metro AG, die BMW Group, die Winter-

shall Dea AG, Bosch, Bayer, Havi, Knaufl, die Claas Gruppe, BSH, Liebherr und SAP). Einige dieser deutschen Unternehmen erwirtschaften zwischen 5 % und 40 % ihres Umsatzes in Russland. Diese starke **Abhängigkeit von einem einzigen Markt hat dazu geführt, dass viele deutsche Unternehmen zögern**, Russland zu verlassen, und sich intensiv für eine Lockerung der Haltung Berlins zu den Sanktionen einsetzen.

Abb. 7 | Der Anteil des russischen Marktes im Vergleich zu den globalen Aktivitäten der 20 größten deutschen Investoren in Russland (2021)



Quelle: CSD basierend auf der Datenbank von LeaveRussia 2021

23 Marx, U., *Claas entkräftet Vorwurf der Sanktionstrickserei*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, März 2023.

24 Europäisches Parlament, *Schlupflöcher in der Regelung über die gegen Russland verhängten Sanktionen und der Fall der Claas KGaA mbH*, Anfrage mit Vorrang zur schriftlichen Beantwortung P-003914/2022 an die Kommission, Dezember 2022.

25 Liebherr, *Zur aktuellen Situation in der Ukraine*, Liebherr-Pressemitteilung, März 2022.

26 Ekosem-Agrar, *Ekosem-Agrar AG veröffentlicht vorläufige Zahlen zum 30. September 2022*, Ekosem-Agrar, Januar 2023.

Obwohl die Sanktionen der EU und Deutschlands gegen Russland in ihrer Tiefe und Reichweite beispiellos sind, war es problematisch, ihre wirksame Um- und Durchsetzung sicherzustellen. Erstens verfügen die EU und Deutschland nicht über die umfassende institutionelle Infrastruktur, die die Durchsetzung von Sanktionen dieser Tiefe und Breite gewährleisten könnte. Die EU hat einen Sanktionskoordinator eingeführt, die Einrichtung der europäischen Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche vorangetrieben, einen Mechanismus zur Überprüfung von Investitionen eingeführt und hat eine umfassende Strategie für wirtschaftliche Sicherheit vorgelegt. Deutschland ist noch einen Schritt weitergegangen, indem es sein Energiesicherungsgesetz verbessert und schnell die russische Kontrolle über strategische Energieanlagen im Land beschnitten hat.

In der Zwischenzeit haben viele EU-Unternehmen **Lücken in den Beschränkungen** oder das Fehlen angemessener Kontrollen durch nationale Regulierungsbehörden ausgenutzt, um Sanktionen zu umgehen, insbesondere in Bezug auf russisches Rohöl und Ölprodukte sowie Dual-Use-Güter, die Russland zur Aufrechterhaltung seiner Kriegsanstrengungen in der Ukraine benötigt. Nach einem Einbruch im März 2022 sind die russischen Importe wieder gestiegen, da Russland alternative Lieferketten für Schlüsselprodukte wie Ersatzteile, Halbleiter und Ausrüstung für die Öl- und Gasförderung aufbauen konnte.

Während einige Produkte, die zuvor aus den USA oder EU-Mitgliedstaaten importiert wurden, möglicherweise relativ einfach durch alternative Bezugsquellen ersetzt werden können, sind andere Artikel schwieriger zu beschaffen, sodass **russische Importeure auf Drittländer als Zwischenhändler angewiesen sind**. Handelsdaten aus den Jahren 2022/2023 zeigen, dass **Armenien, Kasachstan und Kirgisistan**, die Teil der zollfreien Eurasischen Wirtschaftsunion (EWU) mit Russland sind, sowie **China** und die **Türkei** sanktionierte Waren, die ursprünglich für den eigenen Markt bestimmt waren, nach Russland weitertransportieren.

Ab März 2022 stiegen die EU-/UK-Exporte von ganz oder teilweise sanktionierten Waren nach Armenien, Kasachstan und Kirgisistan stetig um 15 bis 90 % und erreichten zwischen März und Juni 2022 mehr als 1 Milliarde US-Dollar.²⁷ Der Anstieg der Exporte dieser Produkte im Vergleich zu allen anderen Waren betrug rund 22 %. Unterdessen stiegen die chinesischen Lieferungen ganz oder teilweise sanktionierte Waren nach Russland und in die genannten zentralasiatischen Länder im Vergleich zum Handel mit anderen Waren um 8 bis 15

Prozent. Während der Anstieg der Exporte aus der EU, dem Vereinigten Königreich und den USA in zentralasiatische Länder nur 4 % des Rückgangs der Direktexporte ganz oder teilweise sanktionierter Waren nach Russland entspricht, fällt das Substitutionsverhältnis je nach Produktkategorie sehr unterschiedlich aus. Bei automatischen Datenverarbeitungsanlagen oder Computern, Raupenschleppern und Mähreschern beträgt das Verhältnis beispielsweise mehr als 100 Prozent. Auch bei Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor, Farben, Waschmaschinen sowie Pumpen und Kompressoren werden zweistellige Zuwächse verzeichnet.

Die deutschen Exporte nach Russland und in mögliche Zwischenländer weisen ähnliche Muster auf. Während die Exporte nach Russland nach März 2022 eingebrochen sind, sind die Exporte in die EWU-Länder in den meisten Warenkategorien sprunghaft angestiegen. Dies gilt insbesondere für den Auslandsvertrieb von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen, elektrotechnischen Produkten, optischen und fotografischen Produkten, anorganischen und organischen Chemikalien sowie Werkzeugen aller Art. Der Gesamtwert der Exporte einiger Waren in diese Länder lag im März 2023 um 100 % und teilweise sogar um mehr als 1000 % höher als im März 2022. Zu diesen Waren gehören unter anderem sanktionierte Produkte wie Halbleiter, bei denen es sich um eine Dual-Use-Technologie handelt, da sie sowohl zivilen als auch militärischen Zwecken dienen können. Seit März 2022 sind die deutschen Halbleiterexporte in die meisten zentralasiatischen Länder im Vergleich zum Vorkriegsniveau deutlich gestiegen. In absoluten Zahlen entsprechen sie jedoch nur einem Bruchteil dessen, was Deutschland vor dem Krieg nach Russland exportierte.²⁸

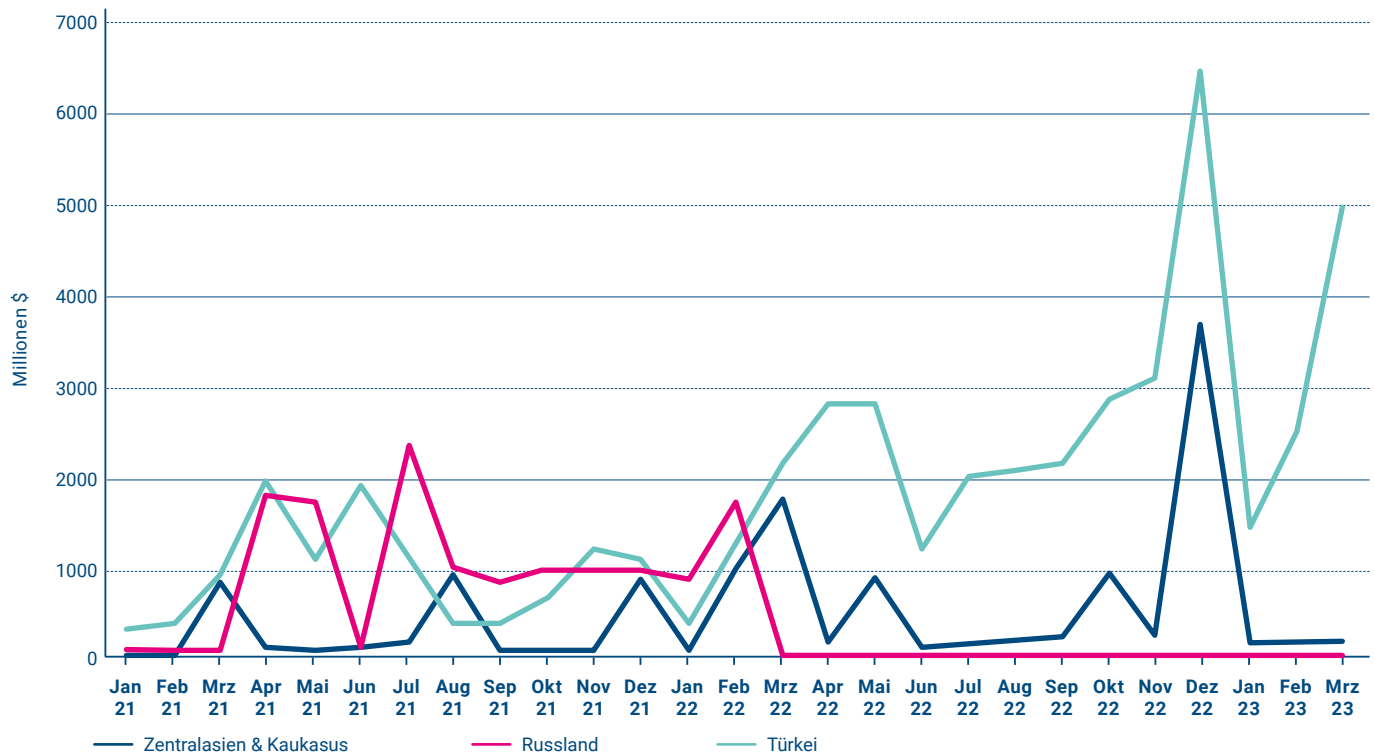
Die deutschen Exporte von Dual-Use-Gütern, die mit der Produktion sanktionierter Waren in Verbindung gebracht werden können, in die Türkei und verschiedene Länder im Südkaukasus und in Zentralasien sind im Jahr 2022 monatlich um rund 170 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Höhepunkt der Exporte war im Dezember 2022 zu beobachten, als der Vertrieb sanktionsbetroffener Waren 36 % der gesamten deutschen Exporte in die Region ausmachte.²⁹ Dieser Höhepunkt ist höchstwahrscheinlich auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens hat es wahrscheinlich einige Zeit gedauert, neue Zwischenhändler in Drittländern zu etablieren. Zweitens könnten russische Unternehmen im Dezember 2022 größere Bestellungen für sanktionierte Waren aufgegeben haben, weil sie befürchteten, dass mit dem Inkrafttreten neuer Sanktionen im Jahr 2023 der Import deutscher Waren über Drittländer schwieriger werden würde.

27 Chupilkina, Maxim and Javorcik, Beata and Plekhanov, Alexander, *The Eurasian Roundabout: Trade Flows Into Russia Through the Caucasus and Central Asia* (23. Februar 2023). EBRD Working Paper No. 276.

28 Zum Vergleich: Im März 2021 exportierte Deutschland Halbleiter im Wert von etwa 16,82 Millionen US-Dollar nach Russland, während sich die Exporte nach Zentralasien im März 2023 auf 1,35 Millionen US-Dollar beliefen.

29 China und die Vereinigten Arabischen Emirate, die zunächst im Verdacht standen, die Umgehung der russischen Sanktionen zu ermöglichen, verzeichneten nach der Invasion keinen Anstieg bei Importen sanktionsbetroffener Waren aus Deutschland.

Abb. 8 | Exporte von sanktionsbetroffenen Waren aus Deutschland nach Zentralasien, in den Kaukasus und in die Türkei



Quelle: CSD basierend auf Daten des Statistischen Bundesamts

Der Weiterverkauf von in Deutschland hergestellten Produkten, die in Russland stark nachgefragt werden, ist ein lukratives Geschäft. Einzelne Untersuchungen zeigen, wie in Deutschland hergestellte Werkzeuge aus der Kategorie der Dual-Use-Güter über Wiederverkäufer in Deutschland und der Türkei zu russischen Rüstungskonzernen gelangten.³⁰ Die Umgehung von Sanktionen durch deutsche Unternehmen ist nicht zwangsläufig auf Vorsatz zurückzuführen, sondern sehr häufig auf **eine mangelnde Erfüllung der Sorgfaltspflicht bei der Interaktion mit Kunden in Drittländern**. Derzeit gibt es keinen Rechtsrahmen zur Regulierung des Exports sanktionierter Waren, wodurch die gesamte **Verantwortung für die Durchsetzung der Sanktionen den Unternehmen selbst übertragen wird**, anstatt vom Drittland die Einhaltung der Sanktionsregelung zu verlangen.

Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, wie deutsche Hersteller Sanktionen gezielt umgehen können. Sie können **die Herkunft und den endgültigen Bestimmungsort der gehandelten Waren verschleiern**, indem sie in ausländischem Besitz befindliche, aber in Deutschland registrierte Unternehmen einsetzen, die die Waren auf dem Weg nach Russland über Drittländer befördern können. Deutsche Firmen sind verpflichtet, **von Kunden in Drittländern eine sogenannte „Endverbleibserklärung“** zu verlangen, die sicherstellt, dass die Artikel nicht nach Russland weiterverkauft werden. In der

Praxis handelt es sich bei diesen Erklärungen jedoch eher um freiwillige Selbstverpflichtungen als um verbindliche Rechtsdokumente, und es hat für das Unternehmen keinen unmittelbaren Nachteil, wenn es die Einhaltung nicht rigoros prüft und die Maßnahmen dadurch unwirksam werden. Darüber hinaus können deutsche Hersteller oder Wiederverkäufer Sendungen, die direkt nach Russland gehen, gezielt falsch deklarieren und dabei die begrenzte Kapazität der Zollbehörden ausnutzen, diese Sendungen zu identifizieren und zu stoppen.

Es ist wahrscheinlich, dass die Zahl der Sanktionsumgehungen weiter zunehmen wird, bevor sie sich aufgrund einer verbesserten Durchsetzung stabilisiert, da **Umgehungstaktiken dazu neigen sich ständig an neue Vorschriften anzupassen**. Russland könnte möglicherweise Regulierungslücken und alternative Handelswege ausnutzen, um an Produkte westlicher Hersteller zu gelangen, die für seine Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sind. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass die Volumina, die russische Unternehmen durch diese Praktiken erzielen können, auch nur annähernd den industriellen Bedarf der gesamten Wirtschaft decken werden. Die Wachstumsrate der deutschen Exporte nach Zentralasien und in den Kaukasus mag aufgrund von Sanktionsumgehungspraktiken hoch sein, trotz dieses starken Wachstums sind die Handelsvolumina in absoluten Zahlen jedoch nach wie vor vergleichsweise gering.

30 Malcher, I., Rudzio, K., Deutsche Wertarbeit für Putins Raketen, Zeit Online, April 2023.

Der starke Rückgang der russischen Haushaltseinnahmen in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 und in der ersten Hälfte des Jahres 2023 zeigt, dass die Sanktionen des Westens eine Wirkung erzielt und die Fähigkeit russischer Unternehmen, Zugang zu internationalen Finanzierungs- und Handelsmöglichkeiten zu erhalten, beeinträchtigt haben. Aufgrund der Größe der russischen Wirtschaft ist es schwierig, entgangenes Geschäft durch Umgehung vollständig zu kompensieren. Obwohl die exportierten elektronischen Komponenten den Rückgang der Industrieproduktion und der Importe nicht ausgleichen können, ist Russland in der Lage, Komponenten zu extrahieren und für militärische Zwecke wiederzuverwenden, unter anderem aus Haushaltsgeräten wie Kühlschränken und Geschirrspülern.³¹

Die Bekämpfung von Sanktionsumgehungspraktiken stellt eine große Herausforderung dar. Wenn eine Lücke geschlossen wird, führt dies dazu, dass neue Systeme entstehen. Daher sind konzertierte Anstrengungen zum Aufbau von Institutionen auf europäischer Ebene erforderlich, um eine neue Strategie für die Wirtschaftssicherheit festzulegen und zu fördern, wobei sorgfältig zwischen Entkopplung und Risikominderung auf der einen Seite und der Wahrung der wirtschaftlichen und technologischen Agilität auf der anderen Seite abgewogen werden muss. Deutschland und die EU müssten ihre gemeinsamen Anstrengungen mit den G7 fortsetzen, um Drittländer, insbesondere große Demokratien und Volkswirtschaften des globalen Südens, davon zu überzeugen, Umgehungen nicht zu dulden und **sekundäre Sanktionen durchzusetzen**, um die bestehenden Governance-Lücken zu schließen. Ein möglicher Weg nach vorne besteht darin, US-Initiativen in diesem Bereich zu ergänzen oder auf ihnen aufzubauen, da sie über längere Erfahrung und größere insti-

tionelle Kapazitäten verfügen. Die USA haben die „Disruptive Technology Strike Force“ ins Leben gerufen, eine Initiative der Handels- und Justizministerien, um Russland und andere feindliche Staaten daran zu hindern, fortschrittliche US-Technologie auf illegalem Weg zu erwerben. Die Strike Force hat kürzlich Strafanzeigen gegen Personen angekündigt, die gestohlene Software- und Hardware-Quellcodes nach China liefern.³² Darüber hinaus hat das Financial Crimes Enforcement Network (FinCEN) der US-Handels- und Finanzministerien eine gemeinsame ergänzende Warnung veröffentlicht, in der Warnsignale für eine mögliche Umgehung russischer Exportkontrollen beschrieben werden, auf die Finanzinstitute achten und die sie melden sollten.

Die EU im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen sollten ähnlich strenge Koordinierungs-, **Melde- und Compliance-Mechanismen zur Durchsetzung von Exportkontrollen** einführen. Dazu gehört der Aufbau spezieller Systeme zur Identifizierung kontrollierter Waren und des Netzwerks von Zwischenhändlern, die diesen Handel ermöglicht haben, mithilfe einer umfassenden Kartierung der endbegünstigten Eigentümerschaft. Bei den großangelegten Sanktionsumgehungsfällen wird es wahrscheinlich auf vom Kreml aufgebaute Finanz- und Unternehmensnetzwerke in EU-Ländern, wie etwa Zypern, gehen, an denen auch europäische Unternehmen beteiligt sind. Diese Wegbereiter helfen Russland, seinen schädlichen wirtschaftlichen Einfluss auszuüben, indem es illegale Gelder nach Europa lenkt und dabei Governance-Lücken und Korruption ausnutzt. Die Komplexität dieses Ökosystems und das Ausmaß der von Russland ausgehenden Kapitalströme machen es nahezu unmöglich, zwischen legitimen und illegalen Kapitalflüssen zu unterscheiden.³³

3. Energie- und Klimasicherheit vor und nach der Ukraine

Die geopolitischen Risiken für die Energie- und Klimasicherheit in Deutschland haben seit der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 deutlich zugenommen.³⁴ Der Anteil russischen Gases stieg bis 2019 auf 49 % der gesamten deutschen Gasimporte, verglichen mit 34 % im Jahr 2009. Laut dem Energy and Climate Security Risk Index (ECSRI) hat sich Deutschland zu einem der am stärksten gefährdeten EU-Länder in Bezug auf die Versorgungssicherheit sowie die allgemeine Energie- und Klimasicherheit gegenüber Russland entwickelt. Der ECSRI umfasst 42 Risikoindikatoren, die unterschiedlich und dennoch miteinander verbunden sind und eine umfassende Analyse energie- und klimapolitischer Trends ermöglichen. Darüber hinaus hat Gazproms Besitz der Gasspeicherinfrastruktur im Land die Zuverlässigkeit der Gasversorgung am Vorabend des Krieges in der Ukraine be-

einträchtigt, da Russland seine Position ausnutzte, um die Speicherbestände für die Wintersaison unter dem normalen Durchschnitt zu halten.

Der Anstieg der Preise für fossile Brennstoffe seit dem Herbst 2021 hat zu einem starken Anstieg der Erschwinglichkeitsrisiken (affordability risks) beigetragen. Gleichzeitig hat die Rückkehr zu einer verstärkten Stromerzeugung auf Kohle- und Erdgasbasis **den Rückgang der Nachhaltigkeitsrisiken (sustainability risks) zum Teil umgekehrt** und zu einem Wiederanstieg der energiebedingten Emissionen geführt. Ohne eine deutliche Beschleunigung der Nutzung erneuerbarer Energien wird sich die Verlangsamung der Dekarbonisierungsbemühungen zwangsläufig fortsetzen, auch wenn Deutschland in diesem Bereich zu den Spitzenreitern in Europa zählt.

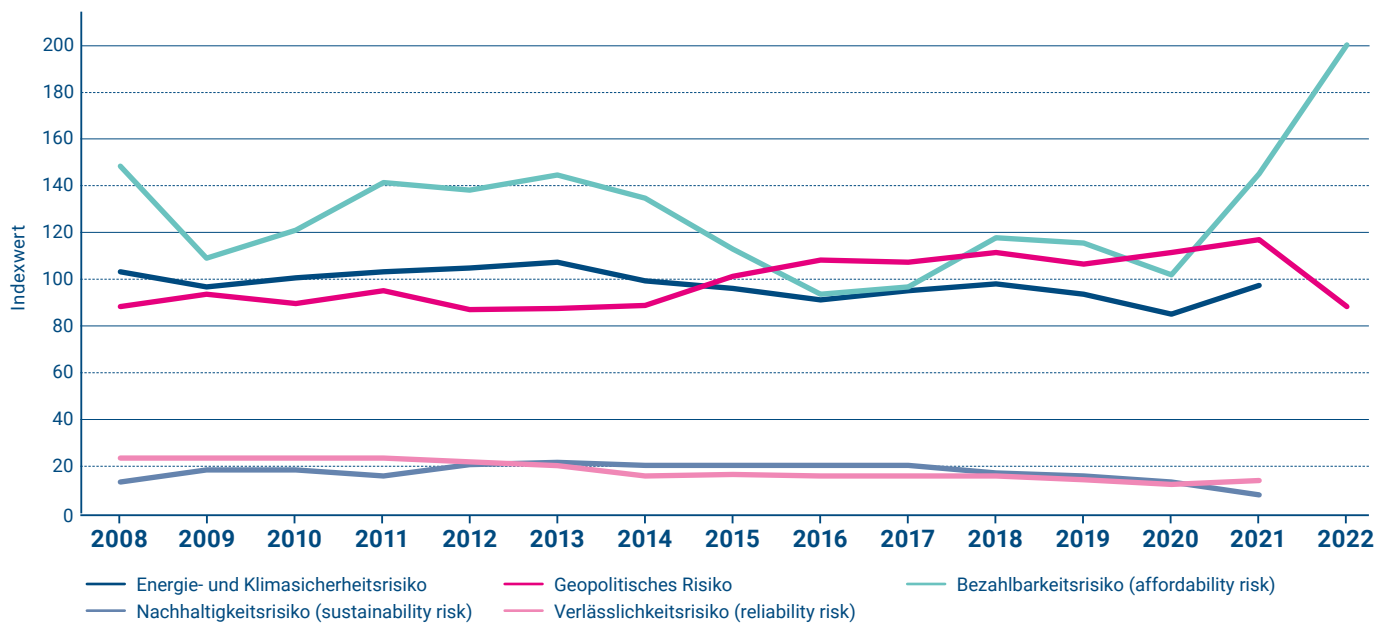
31 Tagesspiegel, *Munitions-Not in Russland: „Sie holen Mikrochips aus Waschmaschinen und bauen sie in Raketen ein“*, Tagesspiegel, Februar 2023.

32 Donovan, K., Nikoladze, M. and Mossberg, B. *Global Sanctions Dashboard: US and G7 allies target Russia's evasion and procurement networks*. Atlantic Council, 25. Mai 2023.

33 Center for the Study of Democracy, *Kremlin Playbook 2: The Enablers*, March 2019.

34 Center for the Study of Democracy, *Energy Security Risks and Russian Economic Influence in Germany: Towards Economic Decoupling*, Policy Brief No. 113, Juni 2022.

Abb. 9 | Das Energie- und Klimasicherheitsrisikoprofil für Deutschland vor und nach dem russischen Einmarsch*



*Je höher der Indexwert, desto höher ist das Energie- und Klimasicherheitsrisiko.
Für das Jahr 2022 liegen keine ausreichenden Daten vor, um die Zuverlässigkeits- und Nachhaltigkeitsrisiken abzuschätzen

Quelle: CSD.

Letztendlich hat die Tatsache, dass Deutschland und Europa auf Gas als Übergangsbrennstoff für die Energiewende und auf Gazprom als Hauptlieferanten gesetzt haben, es dem Kreml ermöglicht, seine europäischen Kunden vor und nach Beginn des Krieges in der Ukraine zu erpressen, indem das Unternehmen die Gaslieferungen einseitig reduzierte, während das Umsatzniveau aufrechterhalten wurde, da die Preise Mitte 2022 stark anstiegen. Diese Umsätze flossen direkt in die Kriegskasse des Kremls.

Der Importanteil am gesamten deutschen Gasverbrauch ist von 87,9 % im Jahr 2015 auf fast 100 % im Jahr 2021 gestiegen und der Anteil russischen Gases an den Gesamtimporten ist im gleichen Zeitraum von 41,7 % auf 48,8 % gestiegen. Während die Importmengen von russischem Gas nach Deutschland nur um 24 % gestiegen sind, verglichen mit dem Anstieg der gesamten EU-Gasimporte um 46 %, **ist Deutschland allein für 17 % dieser Zunahme an Gasimporten in die EU verantwortlich.** Deutschland ist anfälliger geworden, weil es seine Abhängigkeit von Russland vertieft und gleichzeitig versäumt hat, alternative Versorgungsquellen zu erschließen. In den letzten drei Jahrzehnten haben viele europäische Energiekonzerne die Diversifizierung ihrer Erdgasversorgung nur schleppend vorangetrieben und sich stattdessen für eine ausschließliche Zusammenarbeit mit Gazprom entschieden. Es überrascht nicht, dass sich die deutschen Energieaktionäre in beiden Phasen des Nord Stream-Pipeline-Projekts zunächst gegen die Idee eines EU-Embargos gegen russisches Gas ausgesprochen haben und gleichzeitig eine Entschädigung für die Aussetzung des Projekts forderten.³²

Die Energiekrise war für Deutschland ein Weckruf, einen massiven Umbau der Struktur seiner Energieversorgung einzuleiten. Deutschland hat erkannt, dass seine Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus Russland das größte Energie- und Klimasicherheitsrisiko in der Energiestrategie des Landes ist. **Die Sofortmaßnahmen der Regierung reduzierten die geopolitischen Risiken in weniger als einem Jahr um ein Drittel,** da die russischen Energieimporte reduziert und wichtige Projekte zur Versorgungssicherheit, wie LNG-Regasifizierungsanlagen, beschleunigt wurden. Die Notdiversifizierung setzte Deutschland jedoch einem überhitzten Spotmarkt aus. Der große Anteil russischen Gases im Importmix und die großen Mengen, die durch Spotlieferungen ersetzt werden mussten, trugen zu den explodierenden Gaspreisen bei. Ebenso war der Ersatz des russischen Rohöls mit hohen Kosten verbunden, was letztendlich zu 80 % höheren Ausgaben für Öl- und Gasimporte pro Kopf im Vergleich zu 2021 führte (die deutsche Regierung gab 270 Milliarden Euro aus, um die Auswirkungen der höheren Energiepreise auf die Verbraucher zu verringern – ein Drittel des Gesamtbetrags der europäischen Ausgaben im Zusammenhang mit der Krise).³³ Die jahrzehntelange Verzögerung bei der Umsetzung von Energiesicherheitsmaßnahmen führte zu einem schmerzhaften Zielkonflikt, bei dem sich die Erschwinglichkeit der Energieversorgung, ausgedrückt in industrieller Wettbewerbsfähigkeit und Energiearmut, seit 2020 um beinahe 100 % verschlechterte.

Zur Verbesserung der Energiesicherheit hat die deutsche Regierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Abhängigkeit des Landes von russischem Öl und Gas zu verringern.

³² Financial Times, *Nord Stream 2 backer Wintershall Dea says it expects compensation for investment*, FT, Februar 2022.

³³ Sgaravatti, G. et al., *National fiscal policy responses to the energy crisis*. Bruegel, März 2023.

Auf der Nachfrageseite haben sowohl Haushalte als auch gewerbliche Verbraucher ihren Gasverbrauch im Jahr 2022 um mehr als 20 % gesenkt, ohne die Wirtschaftsleistung zu beeinträchtigen. Trotz der moderaten Konjunkturabschwächung erwies sich das apokalyptische Szenario eines industriellen Zusammenbruchs im Falle einer Kürzung der russischen Versorgung, das von vielen pro-russischen Stimmen in Deutschland und anderswo in Europa zu Beginn der Invasion gemalt wurde, als zutiefst fehlerhaft.

Auf der Angebotsseite ist die Geschwindigkeit und Leichtigkeit, mit der eine vollständige Unabhängigkeit von russischen Lieferanten erreicht werden kann, sehr unterschiedlich. Bei Kohle ist die Umstellung bereits teilweise gelungen, da der Anteil der russischen Importe von 50 % auf 8 % zurückgegangen ist und neue Verkaufsverträge seit dem 9. April 2022 verboten sind. Die Ölimporte aus Russland wurden nach Kriegsbeginn von 35 % auf 12 % reduziert, wobei die beiden Raffinerien Leuna und Schwedt die einzigen verbliebenen Importeure von russischem Rohöl waren. Nach Inkrafttreten des EU-Embargos gegen den Import von russischen Rohöl- und Erdölprodukten am 5. Dezember 2022 bzw. 5. Februar 2023 hätte Deutschland grundsätzlich auf den Kauf russischen Rohöls verzichten müssen. Es konnte jedoch weiterhin russisches Rohöl in Form einer kasachischen Mischung sowie Benzin und Diesel, die von indischen Raffinerien unter Verwendung russischer Ölvorkommen hergestellt werden, auf den deutschen Markt gelangen.

Obwohl der Anteil der russischen Gasimporte seit Kriegsbeginn von 55 % auf ein Minimum gesunken ist, schätzte die deutsche Regierung, dass Ende 2022 immer noch 30 % der Gasimporte aus Russland stammten. Die Regierung sieht einen **vollständigen Ausstieg aus russischem Gas bis Ende 2024** vor, vorausgesetzt, dass erhebliche Fortschritte im Bereich der Diversifizierungsprojekte, der Energieeffizienz und der Nutzung von Wasserstoff und erneuerbaren Energien erzielt werden.³⁷ Entscheidend für den Erfolg dieser tiefgreifenden Diversifizierungsstrategie wäre die Fähigkeit deutscher Unternehmen, sich von den Take-or-Pay-Klauseln in den bestehenden Verträgen zu befreien, die über das Jahr 2024 hinausgehen.

Mit der Unterstellung Gazprom Germanias unter staatliche Treuhandverwaltung und der Anordnung verbindlicher Gasspeichermengen hat die **deutsche Regierung entscheidende Maßnahmen ergriffen, um die Kontrolle über die deutschen Erdgasspeicher zurückzugewinnen** und den Druck auf die Erdgaspreise zu verringern. Auch die Entscheidung Deutschlands, seine ersten LNG-Terminals zu installieren, hat es dem Land ermöglicht, seine Erdgasimporte zu diversifizieren. Deutschland hat mit dem Bau von acht schwimmenden (FSRU) und drei festen LNG-Regasifizierungsterminals begonnen. Zwei FSRUs wurden bereits in Betrieb genommen und zwei weitere sollen voraussichtlich im Jahr 2024 ans Netz gehen. Es wird angenommen, dass diese vier Terminals etwa 72 % der derzeitigen Gasimporte aus Russland ersetzen werden.

Darüber hinaus haben große deutsche Gasimporteure Lieferverträge mit alternativen Unternehmen abgeschlossen. Die EnBW hat mit dem amerikanischen Unternehmen Venture Global einen neuen 20-Jahres-Vertrag über 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr ab 2026 abgeschlossen, die über das neue feste Terminal in Stade importiert werden sollen. RWE hat mit dem amerikanischen Unternehmen Sempra Infrastructure einen 15-Jahres-Vertrag über 2,25 Millionen Tonnen LNG pro Jahr ab 2027 unterzeichnet und wird voraussichtlich das geplante feste Terminal in Brunsbüttel nutzen, um das Erdgas in den deutschen Markt einzuspeisen. Ebenso sieht ein neues Abkommen mit Katar vor, dass Deutschland ab 2026 für mindestens 15 Jahre 2 Millionen Tonnen pro Jahr importieren wird.

Darüber hinaus hat der Deutsche Bundestag ein Gasspeichergesetz verabschiedet, das die Einhaltung bestimmter Füllstände in Gasspeichern über den Winter vorschreibt. Die ungewöhnlich leeren Speicher waren bereits seit Beginn des Winters 2021/2022 ein Grund zur Sorge. Die Tatsache, dass die Speicher einer Gazprom-Tochtergesellschaft noch leerer waren als der Bundesdurchschnitt, ließ den Verdacht aufkommen, dass Gazprom seine Macht über die deutsche Gasversorgung ausnutzte, um die Gaspreise künstlich in die Höhe zu treiben und Deutschland von einer Unterstützung der Ukraine abzuschrecken.

4. Bewertung anfälliger Sektoren für den wirtschaftlichen Einfluss Russlands

Der Fertigungssektor und die Schwerindustrie in Deutschland sind stark von russischen Energiequellen abhängig und damit anfällig für den indirekten wirtschaftlichen Einfluss Russlands. Darüber hinaus hat Russland ein Netzwerk informeller geschäftlicher und politischer Beziehungen zu deutschen Unternehmen und Politikern aufgebaut, das eine Einflussnahme über die traditionellen Kanäle der Diplomatie und des Handels hinaus ermöglicht. Die folgende Einschätzung geht näher auf das Ausmaß dieser Abhängigkeit sowie die potenziellen Risiken ein, die sie für die wirtschaftliche Sicherheit und strategische Autonomie Deutschlands bedeutet.

Selbstverschuldeter Schaden: Russlands Einflussnetzwerke im Energiesektor

Die Vertiefung der Energiebeziehungen zwischen Russland und Deutschland wurde durch ein weitreichendes Netzwerk deutscher und russischer Politiker, Geschäftsleute, Oligarchen und Lobbyisten sowie durch die verlockende Aussicht auf erhebliche Gewinnspannen durch langfristige Verträge mit russischen Lieferanten erleichtert. Russland ist es gelungen, einen Teil der kritischen Energieinfrastruktur Deutschlands zu erwerben, und deutsche Unternehmen haben ihre Abhängigkeit von und die Zusammenarbeit mit Russland in den Bereichen Erdgas, Öl und Kernenergie vertieft. Dieser Trend setzte sich auch nach der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 und trotz der Verhängung von EU- und US-Sanktionen gegen Russland fort.

Erdgas

Während die starke Abhängigkeit Deutschlands von im Verhältnis kostengünstigerem russischem Pipeline-Gas zuvor als Wettbewerbsvorteil angesehen wurde, erwies sich dies mit Beginn der Invasion als strategische Schwachstelle für die nationale Wirtschaft. Deutschland befand sich in einer

Situation, in der ein Teil seiner kritischen Energieinfrastruktur einem Land gehörte, das in Mitteleuropa Krieg führte. Diese langfristige Bindung an russisches Gas wurde jahrelang von einigen der größten deutschen Unternehmen unterstützt, die sich bei der deutschen Regierung für eine Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Kreml einsetzten. Einer der stärksten Befürworter dieser besonderen Gasbeziehung war Wintershall Dea, ein Unternehmen, das 2019 durch eine Fusion der Unternehmen Wintershall und Dea entstand, die beide nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 an unterschiedlichen Joint Ventures mit russischen Unternehmen beteiligt waren. Dea gehörte früher einem der größten deutschen Energieversorger, RWE, bis es Anfang 2015 an die Investmentfirma LetterOne verkauft wurde, deren letztendlicher Eigentümer Mikhail Fridman ist, ein russischer Oligarch, der im Februar 2022 auf die EU-Sanktionsliste gesetzt wurde, wo er als „führender russischer Finanzier und Förderer von Putins engstem Kreis“ beschrieben wurde.³⁸ Trotz der Sanktionen hält LetterOne immer noch 33 % der Anteile des gemeinsamen Unternehmens.

Gleichzeitig arbeiteten die VNG AG und Gazprom Germania am Bau eines neuen Gasspeicherstandorts in Peißen, der ihnen zu gleichen Teilen gehört und der nach seiner Fertigstellung voraussichtlich der viertgrößte Gasspeicher Europas sein wird. Der nach der russischen Zarin Katharina der Großen benannte Gasspeicher ist direkt an die Jamal-Pipeline angeschlossen, die Erdgas von Russland über Weißrussland und Polen nach Deutschland pumpt.

Im Jahr 2015 unterzeichneten Wintershall und Gazprom einen der strategisch bedeutendsten Gas-Asset-Swap-Verträge in Europa, in dem das deutsche Unternehmen seine Eigentümerschaft an drei Gasspeicherstandorten in Deutschland und Österreich aufgab, darunter der größte Gasspeicher Westeuropas (Rehden), sowie den Besitz des Gashandelsunternehmens Wingas. Im Gegenzug erhielt es einen 25-prozentigen Anteil an zwei Blöcken eines Gazprom-eigenen Gasfeldes in Russland.³⁹

Abb. 10 | Das Unterwanderungsmodell des Kremls im Erdgassektor



Quelle: CSD

38 Amt für Veröffentlichungen des Europäischen Rates, Durchführungsverordnung (EU) 2022/336 des Rates vom 28. Februar 2022, Offizielles Amtsblatt der Europäischen Union, Februar 2022.

39 Socor, V., *Nord Stream Expansion Agreed, Wintershall Swapped to Gazprom*, ICSD, September 2015.

Auch Wintershall zählt zu den stärksten Unterstützern von Nord Stream. Nur ein Jahr nach der Krim-Annexion leitete es ein Konsortium zusammen mit einem anderen deutschen Energieversorger, E.ON (später ersetzt durch Uniper), der französischen ENGIE, OMV und Shell, um den zweiten Abschnitt der Pipeline zu bauen, der es Russland ermöglicht hätte, die Ukraine bei seinen Erdgaslieferungen nach Europa vollständig zu umgehen. Sowohl die US-amerikanische als auch mehrere

osteuropäische Regierungen sprachen sich gegen das Projekt aus und warnten vor den negativen Auswirkungen auf die deutsche, aber auch auf die europäische Energiesicherheit. Es stellte sich heraus, dass viele der Unterstützer des Projekts über ein komplexes Netzwerk von Foren, Organisationen und Lobbygruppen persönlich von dessen Erfolg profitierten und ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss nutzen konnten, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen.

Box 2 | Politisch motivierte russische Investitionen in deutschen Regionen

Um die Entwicklung von Nord Stream zu ermöglichen, konzentrierte Russland seine politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten auf das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, dem Landepunkt des von Gazprom geleiteten Projekts. Russische Unternehmen mit Verbindungen zu hochrangigen Vertretern von Gazprom und Nord Stream investierten in der Region, unter anderem durch den Kauf der Wismarer Werften im Jahr 2018.⁴⁰

Ein weiteres Beispiel ist der Ausbau der Produktionsstätte der Deutschen Großwäzlager GmbH im Rostocker Fischereihafen, die im Mai 2016 vom damaligen Ministerpräsidenten des Landes Erwin Sellering (SPD) und Russlands Industrieminister Denis Manturow eröffnet wurde. Der Mehrheitsaktionär des Unternehmens, das Eigentümer wurde, ist der russische Investor Georgi Semenenko (55 %), der auch Vorstandsvorsitzender des Maschinenbaukonzerns Kirovsky Zavod in St. Petersburg ist.

Auch Russlands größtes Holzunternehmen Ilim Timber tätigte eine große Investition in Mecklenburg-Vorpommern und kaufte 2009 ein Sägewerk in Wismar. Ilim Timber hat direkte Verbindungen zum Kreml. Dmitri Medwedew ist Mitbegründer eines Vorgängerunternehmens und leitete vor seinem Eintritt in die Politik dessen Rechtsabteilung. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Ilim Timber ebenso wie Kirovsky Zavod die umstrittenen Russland-Tage gesponsert hat, ein zentrales Propagandaformat des Kremls in Deutschland zur Unterstützung von Nord Stream 2.

Dieser offensichtliche Schwerpunkt russischer Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern wirft die Frage auf, ob die trotz aller Widrigkeiten vehemente Unterstützung für Nord Stream 2 auf Bundes- und Landesebene in Deutschland ein Hinweis auf entsprechende politisch motivierte Geschäftsabsprachen sein könnte: Hunderte Millionen Euro und die Schaffung lokaler Arbeitsplätze für die marode Wirtschaft im Nordosten im Gegenzug für die dauerhafte Zusicherung von grünem Licht für das für den Kreml so wichtige Pipeline-Projekt. Diese Verbindungen haben nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine im Februar 2022 eine neue Bedeutung erhalten, da sie Europa und seine führende Volkswirtschaft Deutschland anfälliger für russische Erpressung gemacht haben.

Dieses politisch-wirtschaftliche Netzwerk zur Förderung des Baus von Nord Stream 2 ist in Mecklenburg-Vorpommern besonders aktiv, wo es einer Reihe von Lobbyorganisationen, allen voran dem sogenannten *Ostinstitut*, gelungen ist, die Grenzen zwischen öffentlichen und privaten Interessen so weit zu verwischen, dass die Landesregierung schließlich eine Klimastiftung gründete, um die US-Sanktionen zu umgehen, und ein Spezialschiff mietete, um die Pipeline fertigzustellen, wobei sie die Wohltätigkeitsorganisation als Deckmantel nutzte. Kurz nach Kriegsbeginn wurde diese Stiftung von der Landesregierung aufgelöst, die sich nun einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss stellen muss.

Vertreter deutscher Energieunternehmen, wie der Geschäftsführer von Wintershall Dea, haben sich nur wenige Tage vor Beginn des Einmarschs, als Russland bereits Truppen an der ukrainischen Grenze stationierte, noch immer wieder gegen

neue Sanktionen gegen den Kreml ausgesprochen.⁴¹ Nach dem Einmarsch wurden die langfristigen Gaslieferverträge und Joint Ventures mit Gazprom plötzlich zu einer existenziellen Bedrohung für diese Unternehmen und brachten sie an den Rand des Bankrotts. EnBW war noch an einen Vertrag über 6,5 Milliarden Kubikmeter pro Jahr bis 2030 gebunden, RWE hatte einen kurzfristigen Vertrag über 15 TWh Erdgas bis 2023 und Uniper war an einen Take-or-Pay-Vertrag über rund 24 Milliarden Kubikmeter pro Jahr bis 2036 gebunden.

Russlands einseitige Kürzung der Erdgaslieferungen über Nord Stream 1 führte dazu, dass dieselben deutschen Unternehmen, die früher enorme Gewinne aus ihren Verträgen mit Gazprom erzielten, vor der Insolvenz standen, da sie weiterhin verpflichtet waren, Haushalte und Unternehmen zu den zuvor vereinbarten günstigeren Preisen mit Erdgas zu versorgen. Aus diesem Grund verlor VNG allein im Jahr 2022

⁴⁰ Kirilenko, A., Köpke, J., Tonev, N., *Wismar im Schatten der Russenmafia*, HAZ, März 2018.

⁴¹ Theurer, M., *Wintershall-Chef Mehren über Sanktionen und Nord Stream 2*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Februar 2022.

337 Millionen Euro, während Wintershall Dea Verluste in Höhe von 4,8 Milliarden Euro verzeichnete. Uniper verlor 19,1 Milliarden Euro und musste sich um eine staatliche Rettung bemühen. Letztendlich verstaatlichte die deutsche Regierung Uniper im September 2022, um weitere Auswirkungen und eine Marktpanik zu verhindern, da Industrieverbraucher, die auf Uniper angewiesen waren, möglicherweise ebenfalls in eine existenzielle Finanzkrise geraten wären.

Rohöl und Erdölprodukte

Im Gegensatz zur Sicherheit von Erdgasimporten ist das **Risikoniveau von Ölimporten in Deutschland nach der russischen Annexion der Krim stabil geblieben**. Die Ölimporte aus Russland sind von 2014 bis 2021 um 7 % zurückgegangen. Vor Inkrafttreten des EU-Embargos gegen Ölimporte aus Russland war Deutschland jedoch mengenmäßig der größte Abnehmer von russischem Rohöl in der EU, und der Anteil russischen Öls an den Gesamtimporten lag über dem EU-Durchschnitt.

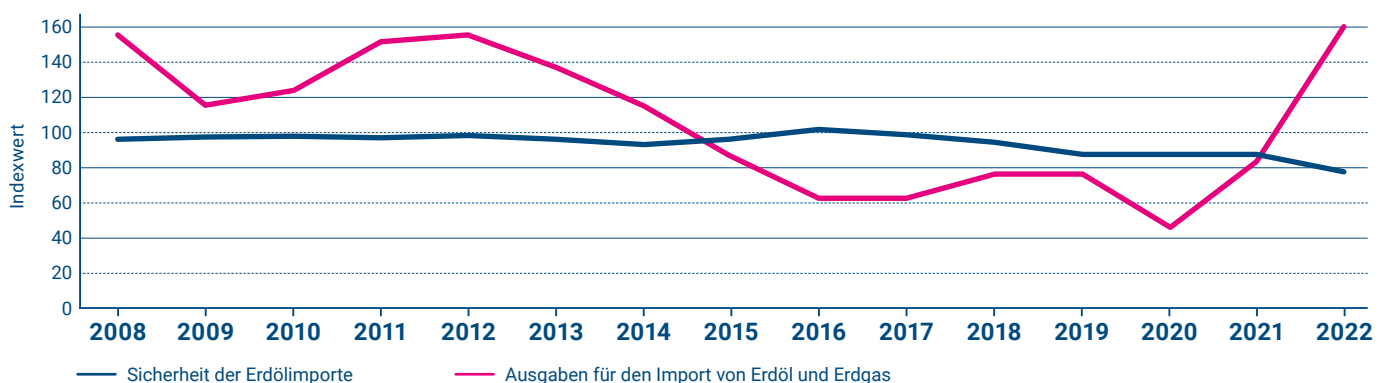
Ähnlich wie im Gassektor hat der Kreml versucht, die Investitionsstrategie des größten russischen staatlichen Ölunternehmens für strategische Zugewinne zu nutzen. So hat Rosneft wichtige Vermögenswerte im deutschen Ölsektor erworben. 2021 schloss Rosneft die schrittweise Übernahme der Erdölraffinerie Schwedt von Total, Shell und BP ab. Die Raffinerie ist nicht nur ein wichtiger Lieferant von Benzin, Diesel und Heizöl in Ostdeutschland, sondern auch Endpunkt der Druschba-Pipeline, über die 25 % des deutschen Ölbedarfs gedeckt werden.⁴² Das Geschäft wurde vom Bundeskartellamt nur drei Tage vor dem Einmarsch genehmigt, was den Verdacht aufkommen lässt, dass der Kreml plante, die Kontrolle über die Raffinerie als Strategie zur Lähmung der deutschen Wirtschaft und insbesondere der Region Berlin/Brandenburg zu nutzen, die vollständig von der Raffinerie Schwedt versorgt wird.⁴³ Die Versorgung der Raffinerie Schwedt bleibt eine zentrale Herausforderung. Um die ge-

wohnte Produktion aufrechtzuerhalten, benötigt die Raffinerie Schwedt rund 12 Millionen Tonnen Rohöl pro Jahr. Über den Rostocker Hafen können derzeit 5 bis 6,8 Millionen Tonnen angeliefert werden, was einer Auslastung von 50 bis 60 % entspricht. Die Bundesregierung strebt durch die Modernisierung der Pipeline zwischen Rostock und Schwedt und die Sicherung zusätzlicher Lieferungen aus Polen und Kasachstan über die Druschba-Pipeline eine Auslastung von 70 % an.

Während kasachisches Rohöl den Vorteil bietet, dass es dem russischen Rohöl sehr ähnlich ist und sich daher besser als Ersatz für bestimmte Produktionsprozesse in Schwedt eignet, ist es mit dem Nachteil verbunden, dass aufgrund der Transitgebühren für die Nutzung des russischen Teils der Druschba-Pipeline auch Russland von diesem Geschäft profitieren wird. Eine weitere Gefahr besteht in der Möglichkeit, dass russisches Öl unbeabsichtigt nach Deutschland importiert wird, wenn russisches und kasachisches Öl im Druschba-Pipelinesystem vermischt werden.

Die Eigentümerschaft an der Raffinerie wurde zu einem Haupthindernis für die Entscheidung Deutschlands, nach dem Einmarsch den Import fossiler Brennstoffe aus Russland einzustellen. Rosneft importierte weiterhin leichtes russisches Ural-Rohöl, das zu Beginn mit einem Abschlag von 20 bis 30 US-Dollar pro Fass gegenüber den anderen globalen Benchmarks gehandelt wurde. Dies bedeutete, dass der russische Staatskonzern aus seiner strategischen Position auf dem deutschen nachgelagerten Markt hohe Gewinne erwirtschaftete, die zur Finanzierung des russischen Militärs verwendet wurden. Die Raffinerie Schwedt konnte jedoch keine alternative Rohölversorgung finden, da Polen sich weigerte, Rohöl vom Ostseehafen Danzig über die Druschba-Pipeline an die Anlage zu liefern, solange sie sich in russischem Eigentum befand. Um dieses Problem zu bewältigen, beschloss die deutsche Regierung, die deutsche Tochtergesellschaft von Rosneft unter staatliche Treuhandverwaltung zu stellen, ähnlich wie sie die Kontrolle über den Betrieb von Gazprom Germania übernommen hatte.

Abb. 11 | Verbesserung der Sicherheit der Rohölversorgung nach der deutschen Entscheidung, die russischen Ölimporte zu drosseln



*Die verglichenen Indikatoren wurden zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit in Indexwerte umgewandelt. Je höher der Indexwert, desto höher ist das Risikoniveau des jeweils untersuchten Faktors.

Quelle: CSD basierend auf seinem Energie- und Klimasicherheitsrisikoindex.

42 Spiegel, Wirtschaftsministerium prüft Anteilskauf an deutscher Raffinerie durch Rosneft, Spiegel, Februar 2022.

43 Eine kurzfristige Intervention des Bundeswirtschaftsministeriums, das eine Investitionsprüfung anordnete, verzögerte die tatsächliche Übertragung der verbleibenden Anteile an Rosneft.

Indem die Regierung zum Treuhänder des Rosneft-Geschäfts in Deutschland wurde, übernahm sie die Kontrolle über alle Rosneft-Vermögenswerte im Land. Seit 2010 ist Rosneft an der MIRO-Raffinerie in Baden-Württemberg und der Bayernoil-Raffinerie in Bayern beteiligt und hat seine Beteiligung im Jahr 2017 auf 24 % bzw. 28,57 % erhöht. Da Rosneft ein Minderheitsaktionär blieb und diese beiden Raffinerien nicht direkt an das russische Pipelinennetz angeschlossen sind, blieb der russische Rohölgehalt in beiden Anlagen unter 15 % und ließ sich zu Beginn des Krieges leichter ersetzen. Die Leuna-Raffinerie, bei der es sich um die andere große Raffinerie in Ostdeutschland handelt und die sich im Besitz von Total befindet, war trotz ihrer Anbindung an die Druschba-Pipeline und ihrer früheren Abhängigkeit von russischem Öl bereit, die russischen Ölimporte im Jahr 2022 unverzüglich zu reduzieren.

Kernenergie

Am 15. April 2023 hat Deutschland nach jahrzehntelangen hitzigen öffentlichen Debatten seinen Atomausstieg abgeschlossen. Dieser Trend unterscheidet sich vom Rest Europas, da viele EU-Länder Kernenergie befürworten und darin eine Möglichkeit zur Erreichung ihrer Klimaziele und vollständigen Eliminierung der Nutzung russischer fossiler Brennstoffe sehen. Dennoch ist der **europäische Nuklearsektor** in Bezug auf Reaktorbrennstoff, technische Wartung, Lagerung und Entsorgung von Atommüll sowie Gas- und Öllieferungen **ebenfalls stark von Russland abhängig**. Rund 20 % der Uranimporte der EU stammen aus Russland. 26 % der Urananreicherung erfolgt durch das staatliche russische Atommonopol Rosatom und 21 Kernreaktoren in der EU beziehen ihre Brennstäbe direkt von Rosatom.⁴⁴ Seit Jahrzehnten haben europäische Unternehmen, darunter auch mehrere deutsche Firmen, im Rahmen einer Reihe von Projekten eine starke nukleare Zusammenarbeit mit Russland aufgebaut.

Rosatom ist auch für die Lagerung und den Betrieb der russischen Atomwaffen verantwortlich. Die enge Verbindung von Rosatom mit dem russischen Militär wurde durch dessen jüngste Beteiligung am Krieg in der Ukraine weiter unter Beweis gestellt. Nach anfänglichen Abstreitungen seitens Rosatom ist nun klar, dass das Unternehmen faktisch die Leitung des Kernkraftwerks Saporischschja in der Ukraine übernommen hat, das russische Truppen im März 2022 gewaltsam eingenommen hatten, und plant, das Kraftwerk an das russische Stromnetz anzuschließen. Während Rosatom sich um den reibungslosen Betrieb des Kraftwerks bemüht, nutzen russische Truppen das Gelände für Artillerieangriffe auf ukrainische Streitkräfte auf der anderen Seite des Flusses.⁴⁵ Trotzdem und trotz der Forderung des ukrainischen Präsidenten Selenskyj, **Sanktionen gegen Rosatom** wegen seiner offensichtlichen Beteiligung am Krieg zu verhängen,

zögerten EU-Politiker bisher, dies zu tun. Angesichts der Abhängigkeit Europas von Rosatom als Partner im Nuklearsektor und der laufenden Geschäfte zwischen Rosatom und europäischen Unternehmen verwundert dies kaum. Deutsche Unternehmen bilden auch hier keine Ausnahme.

RWE und E.ON halten jeweils ein Sechstel an Urenco, das unter anderem eine Urananreicherungsanlage in Nordrhein-Westfalen betreibt und zusammen mit dem französischen Unternehmen Orano-GBII 71 % der Anreicherungsdienstleistungen in der EU abdeckt. Obwohl Rosatoms Tochtergesellschaft TVEL als Konkurrentin von Urenco auf dem Urananreicherungsmarkt gilt, verlässt sich Urenco bei großen Teilen seiner Atommüllentsorgung tatsächlich auf TWEL.⁴⁶ Laut Greenpeace hat Urenco im Laufe der letzten 25 Jahre 45.000 Tonnen abgereichertes Uran nach Russland geliefert.⁴⁷ Da es nach deutschem Recht für Unternehmen illegal ist, Atommüll zu exportieren, wurde das abgereicherte Uran offiziell zur Wiederanreicherung nach Russland geschickt, doch in Wirklichkeit werden die Fässer mit radioaktivem Abfall oft unter unsicheren Bedingungen gelagert.⁴⁸ Von diesem Geschäft haben beide Seiten profitiert. Für die Entsorgung des Atommülls erhielt Rosatom eine erhebliche Vergütung und für Urenco war die Belastung geringer als bei einer Lagerung des Atommülls in Deutschland. Allerdings scheint der Krieg in der Ukraine die Situation für Urenco in eine ungünstigere Richtung verschoben zu haben, denn das Unternehmen erklärte im März 2022, dass es Verträge in beide Richtungen bis auf weiteres kündigen werde.

Ein weiteres wesentliches Beispiel für ein deutsches Unternehmen, das mit Rosatom Geschäfte macht, ist Siemens Energy, das seit Jahren enge Partnerschaften zu einer Reihe russischer Energieunternehmen unterhält, die Ausrüstung für Kraftwerke und Pipelines liefern (einschließlich der Umgehung von Sanktionen, zum Beispiel im Falle der Lieferung von Turbinen für ein Gaskraftwerk auf der Krim im Jahr 2015). Siemens Energy hat mit Rosatom beim Bau neuer Kernkraftwerke zusammengearbeitet, insbesondere durch die Lieferung sogenannter I&C-Systeme (Instrumentierung und Steuerung), die den sicheren und zuverlässigen Betrieb der Kernkraftwerke gewährleisten. Die Ausrüstung von Siemens wurde in dem 2017 in Betrieb genommenen Kernkraftwerk Nowoworonesch II und in den neu gebauten Reaktoren des Kernkraftwerks Leningrad II installiert, von denen der erste 2018 den Betrieb aufnahm.⁴⁹ Zuletzt arbeiteten Rosatom, Siemens Energy und das französische Unternehmen Framatome beim Ausbau des Kernkraftwerks Paks II in Ungarn zusammen. Das Projekt wurde von Russland finanziert.⁵⁰ Trotz der Verhängung zahlreicher Sanktionen nach dem russischen Einmarsch hat Siemens die Arbeiten an der Erweiterung von Paks II fortgesetzt, obwohl das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) die Erteilung einer Exportgenehmigung für die Lieferung der I&C-Ausrüstung verzögert hat.

44 Gufler, K., Meister, F., *Analyse der Rosatom-Aktivitäten bzw. Rosatom-Verflechtungen mit der EU*, Report REP-0814, Umweltbundesamt, 2022.

45 Melkozerova, V., *Running Europe's largest nuclear power plant under the barrel of a Russian rifle*, POLITICO, April 2023.

46 Gufler, K., Meister, F., *Analyse der Rosatom-Aktivitäten bzw. Rosatom-Verflechtungen mit der EU*, Report REP-0814, Umweltbundesamt, 2022.

47 Weiland, M., *EU-Taxonomie nach russischem Wunsch*, Greenpeace, Mai 2022.

48 Deutsche Welle (DW) *Weltweite Geschäfte mit strahlendem Müll*, 04.03.2020.

49 urgewald, *Der nukleare Pakt mit dem Teufel – Siemens Energy muss seine Geschäftsbeziehungen mit ROSATOM sofort beenden*, urgewald e.V., Februar 2023.

50 Nuclear Engineering International, *Russia amends loan agreement for Paks II*, NEI Magazine, November 2021.

Rosatom ist darüber hinaus auch Eigentümer des deutschen Unternehmens Nukem Technologies (ehemals im Besitz von RWE), das auf den Rückbau von Kernkraftwerken und die Entsorgung radioaktiver Abfälle spezialisiert ist. Nukem hat in einer Reihe von Ländern Zwischenlager und Aufbereitungsanlagen für Atommüll gebaut, darunter Russland, Litauen, Bulgarien, die Ukraine, Deutschland und Frankreich. Einer der beiden Geschäftsführer, Thomas Seipolt, ist gleichzeitig Vorstandsvorsitzender von KernD, der zentralen deutschen Atomlobbyorganisation.⁵¹ In einem offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz im März 2022 forderte KernD die Regierung auf, ihre Strategie zum Atomausstieg umzukehren, und argumentierte, dass Kernkraftwerke eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Energiesicherheit Deutschlands spielen könnten, indem sie den Bedarf an Importen fossiler Brennstoffe aus Russland verringern.⁵²

Russlands indirekte wirtschaftliche Präsenz

Russland fördert die Entwicklung informeller **öffentlich-privater Einflussnetzwerke**, die auf der gegenseitigen Partnerschaft zwischen russischen und inländischen Unternehmensgruppen basieren. Diese agieren gemeinsam, um strategische und lukrative Vermögenswerte zu erwerben oder sich eine marktbeherrschende Stellung in Schlüsselmärkten zu sichern. Lokale Strommakler profitieren bei der Abwicklung der Geschäfte von der politischen und finanziellen Unterstützung Russlands. In diesem Zusammenhang wurden die umfangreichen Beziehungen zwischen russischen und deutschen Energieunternehmen ausführlich dokumentiert. Dennoch war die indirekte wirtschaftliche Präsenz Russlands in den produktivsten Industriesegumenten des Landes weniger sichtbar.

Um die russlandfreundliche Haltung Deutschlands zu verstehen, ist eine Untersuchung der informellen geschäftlichen und politischen Netzwerke erforderlich, die Russland im Land aufgebaut hat. Diese Netzwerke haben es Russland ermöglicht, seinen Einfluss über die traditionellen Kanäle der Diplomatie und des Handels hinaus auszudehnen. Gleichzeitig haben sie deutschen Unternehmen die Möglichkeit verschafft, im Vergleich kostengünstigeres russisches Gas zu nutzen, um ihre globalen Marktpositionen zu stärken. Allerdings hat sich die Entscheidung, sich langfristig in eine Abhängigkeit von Gazprom zu begeben, als zweischneidiges Schwert erwiesen. Als Russland im Jahr 2022 seine Gasexporte nach Europa schrittweise reduzierte, stiegen die Energiepreise sprunghaft an und die Angst vor Versorgungsunterbrechungen nahm zu. Im folgenden Abschnitt untersuchen wir einige der bemerkenswertesten Fälle deutscher Unternehmen, die derartige Netzwerke aufgebaut und somit eine russische Einflussnahme auf die Außen- und Strategiepolitik Deutschlands ermöglicht haben.

Chemische Industrie

Das Wachstum der deutsch-russischen bilateralen Geschäftsbeziehungen ist größtenteils auf die Nachfrage der deutschen Industrie nach vergleichsweise kostengünstigem russischem Gas als Instrument zur Wahrung ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen. Das Erreichen dieses strategischen Partnerschaftsniveaus zwischen russischen Energieversorgern und deutschen Wirtschaftsgrößen wurde jedoch durch die gleichzeitige Schaffung eines **komplexen Netzwerks aus Dachforen und -organisationen** gestützt, in denen einflussreiche russische und deutsche Wirtschaftsvertreter und Politiker zusammenkamen. Im Gegenzug haben sie Kreml-nahen Einrichtungen einen privilegierten Zugang zu den höchsten politischen Entscheidungskreisen der deutschen Regierung ermöglicht.

Das offensichtlichste Beispiel für dieses Zusammentreffen politischer und wirtschaftlicher Beziehungen ist die deutsche Chemieindustrie, die mit Abstand der größte Industriegasverbraucher in Deutschland ist. Weltweit führende Unternehmen wie die BASF nutzen Erdgas sowohl zur Stromerzeugung als auch als wichtigsten Einsatzstoff in der Produktion. Der Erdgasverbrauch der BASF in Europa lag im Jahr 2021 bei 48 Terawattstunden (TWh), wobei allein der Standort Ludwigshafen, der die Hauptproduktionsstätte beherbergt, 37 TWh verbrauchte (was zum Beispiel etwa dem gesamten Endgasbedarf Bulgariens entspricht). Bei der eigenen Stromerzeugung ist die BASF in hohem Maße auf Erdgas angewiesen. Im Jahr 2021 machte Erdgas mehr als 80 % der BASF-eigenen Stromerzeugung aus. Am Standort Ludwigshafen betreibt die BASF derzeit drei Erdgaskraftwerke, die zusammen 65 % des Strombedarfs des Standorts decken. Angesichts dieser übermäßigen Abhängigkeit von – hauptsächlich russischem – Erdgas ist es nicht verwunderlich, dass der Geschäftsführer der BASF, Martin Brudermüller, vor „der Zerstörung der gesamten deutschen Volkswirtschaft“ warnte,⁵³ falls die Regierung sich entscheiden würde, russische Öl- und Gasimporte zu blockieren.

Die BASF ist die Hauptaktionärin des Unternehmens Wintershall, das, wie oben beschrieben, eine strategische Partnerschaft mit Gazprom zur Entwicklung vorgelagerter Gasfelder und zum Austausch von Gastransport- und -speicheranlagen in Deutschland eingegangen ist. Gazprom profitierte von der Expertise und Technologie von Wintershall bei der Steigerung der Gasexploration und -produktion aus westsibirischen Feldern, während die BASF russisches Erdgas zu Vorzugspreisen direkt an ihre Produktionsanlagen erhielt, was es dem Chemieriesen ermöglichte, zu einem der größten deutschen Unternehmen zu werden.

Trotz der düsteren Warnungen des BASF-Geschäftsführers zu Beginn des russischen Krieges in der Ukraine erlitt das

51 Green Planet Energy, *Wie deutsche Atomlobby und russische Atomwirtschaft verflochten sind*, Magazin von Green Planet Energy, September 2022.

52 Behringer, T., *Offener Brief an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Olaf Scholz, zum Weiterbetrieb deutscher Kernkraftwerke*, KernD, März 2022.

53 Spiegel, *BASF-Chef warnt in Embargo-Debatte vor Zerstörung der gesamten Volkswirtschaft*, Spiegel, April 2022.

Chemieunternehmen in Wirklichkeit keinen unüberwindbaren finanziellen Schlag. In ihrem Geschäftsbericht 2022 gibt die BASF an, dass sich die Mehrkosten für Erdgas an ihren europäischen Standorten im Vergleich zu 2021 auf

2 Milliarden Euro beliefen. Den Schlimmstfall konnte die BASF jedoch durch die Umsetzung einer Reihe von Maßnahmen zur Nachfragereduzierung abwenden, die den Erdgasverbrauch um ein Drittel senkten.⁵⁴

Box 3 | Deutsch-russische Einflussnetzwerke

Seit Anfang der 1990er Jahre haben russische und deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen Dachforen aufgebaut, die der Stärkung der bilateralen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen dienen. Das prominenteste unter ihnen ist das **Deutsch-Russische Forum**, das zunächst als Plattform für den interkulturellen Dialog diente, dessen Entscheidungsgremien dann jedoch zunehmend mit Vertretern deutscher und russischer Energiekonzerne sowie Kreml-verbundenen Personen besetzt wurden. Seine Aktivitäten zur Förderung des Zugangs von Kreml-nahen Einrichtungen und Zwischenhändlern zu den höchsten politischen Entscheidungskreisen der deutschen Regierung brachten dem Forum den Ruf eines russischen „Trojanischen Pferdes“ in Deutschland ein.⁵⁵

Ein weiterer wichtiger Wegbereiter des russischen Einflusses in Deutschland war der **Petersburger Dialog**, der 2001 von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ins Leben gerufen wurde. Diese Organisation war früher institutionell mit dem Deutsch-Russischen Forum verbunden und versammelte jährlich deutsche und russische Politiker und Wirtschaftsführer, um aktuelle Fragen der deutsch-russischen Beziehungen zu diskutieren. Zu den Organisationen, die die deutsch-russischen bilateralen Wirtschaftsbeziehungen unterstützen, gehören außerdem die **Deutsch-Russische Auslandshandelskammer** und der **Verband der russischen Wirtschaft in Deutschland**. Diese Institutionen bringen Unternehmen aus den unterschiedlichsten Sektoren zusammen. Bei Ihren Veranstaltungen werden Neuigkeiten zu neuen Vorschriften und dem Wirtschaftsklima ausgetauscht. Außerdem bieten sie zahlreiche Möglichkeiten zum Networking.

Es gibt noch weitere Foren, Konferenzen und Organisationen mit ähnlichen Absichten, die hauptsächlich auf staatlicher Ebene tätig sind. Im Jahr 2009, zwei Jahre bevor Nord Stream 1 begann, Gas von Russland nach Deutschland zu pumpen, gründete Wolfgang Clement, SPD-Mitglied und ehemaliger Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, das **Ostinstitut**, unter anderem zusammen mit Andrey Zverev (damals Handelsberater an der russischen Botschaft) und Peter W. Schulze (Mitbegründer der pro-russischen Denkfabrik DOC).⁵⁶ Im Jahr 2014 veranstaltete das Ostinstitut den ersten Russland-Tag in Mecklenburg-Vorpommern unter Beteiligung von Erwin Sellering, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Wolfgang Clement, Gerhard Schröder und dem russischen Botschafter Grinin. Die Veranstaltung wurde unter anderem von Nord Stream, Gazprom und Gascade gesponsert. Die Verflechtung russischer Lobbyinteressen mit der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns endete hier jedoch nicht. Nach dem Ende seiner Amtszeit als Ministerpräsident trat Erwin Sellering dem Vorstand des Ostinstituts bei und gründete eine eigene Organisation unter dem Namen **Deutsch-Russische Partnerschaft**.

In Sachsen einigten sich 2006 die beiden ältesten Bergbauhochschulen der Welt, die TU Bergakademie Freiberg und das Staatliche Bergbauinstitut Sankt Petersburg, in Anwesenheit von Angela Merkel und Wladimir Putin auf die Einrichtung eines ständigen deutsch-russischen Forums zur Nutzung von Rohstoffressourcen (**Deutsch-Russisches Rohstoffforum**). Hauptonsoren des Forums sind Gazprom auf russischer Seite sowie Gazprom Germania und VNG auf deutscher Seite. Das Forum organisiert jedes Jahr eine mehrtägige Konferenz, die Vertreter materialintensiver Unternehmen, Hochschulen und Energieunternehmen sowie lokale und nationale Politiker zusammenbringt.

In Baden-Württemberg gründete Klaus Mangold 2008 als Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (OA) die „**Deutsch-Russischen Gespräche**“. Beim ersten Treffen im Jahr 2008 gehörte Gerhard Schröder zu den Rednern. Weitere Teilnehmer waren Matthias Warnig (ehemaliger Stasi-Spion, enger Freund von Putin, und CEO von Nord Stream) und Eggert Voscherau (BASF). Klaus Mangold ist einer der drei russischen Honorarkonsuln in Deutschland (neben Heino Wiese und Nikolaus Knauf) und damit offizieller Interessenvertreter des Kremls in Deutschland.⁵⁷ Als ehemaliger OA-Chef pflegt Mangold gute Kontakte zu russischen Unternehmen, Oligarchen und Putin selbst und wurde in deutschen Medien als „Mister Russland“ bezeichnet.⁵⁸ Mangold hat außerdem enge Verbindungen zur Orbán-Regierung in Ungarn (er ermöglichte einen Deal mit Rosatom) und erleichterte die Geschäfte eines russischen Oligarchen in Deutschland.⁵⁹

54 BASF-Gruppe, BASF-Bericht 2022, 2022.

55 Atlantic Council, The Kremlin's Trojan Horses 3.0, Atlantic Council, Dezember 2018.

56 Ostinstitut Wismar, Gründungsmitglieder, Dezember 2009.

57 Bingener, R. & Wehner, M. (2023) Die Moskau Connection. Das Schröder-Netzwerk und Deutschlands Weg in die Abhängigkeit. München: C.H. Beck, S.138.

58 Meck, G., Mister Russland der Deutschen Wirtschaft, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Februar 2016.

59 Szabó, A., The Mysterious German Behind Viktor Orbán's Russian Deals, Direkt36, Oktober 2017.

Mangold sitzt zudem im Kuratorium des Deutsch-Russischen Forums. Die Deutsch-Russischen Gespräche werden von dem OA und der BMW Foundation organisiert. Zu den früheren Teilnehmern zählen der ehemalige Bundespräsident Wulff, Mangold selbst, der ehemalige Bundeskanzler und Vorstandsvorsitzende von Nord Stream 2 und Rosneft Gerhard Schröder sowie Vertreter von BASF, VNG, Gazprom Germania, Rosatom, Siemens Energy, Heidelberg Materials, der Knauf-Gruppe und anderen Unternehmen im Bereich Energie und natürliche Ressourcen. Auch Mitarbeitende von ADVANT Beiten (ehemals Beiten Burkhardt), einer Anwalts- und Lobbykanzlei, die für ihr pro-russisches Engagement bekannt ist, waren regelmäßige Gäste.

Lebensmittelverarbeitung

Auch der deutsche Lebensmittel- und Futtermittelsektor ist von den Aktivitäten informeller, Kreml-naher Netzwerke in Deutschland betroffen. Gemessen am Verbrauch von russischem Erdgas ist es der zweitgrößte Industriesektor, auf den rund 11 % des gesamten Gasbedarfs der deutschen Industrie entfallen. Die negativen Auswirkungen der Krise auf den Sektor waren enorm, da die Unternehmen nicht nur mit explodierenden Preisen für Energie, sondern auch für Logistikdienstleistungen und landwirtschaftliche Produkte konfrontiert waren. Aus diesen Gründen waren die Lebensmittelpreise im März 2023 um 22,3 % höher als im Vorjahr

und übertrafen damit den Anstieg der Energiepreise deutlich (+3,5 %).⁶⁰

Auch die Tönnies Holding, Deutschlands größtes Unternehmen des Sektors, bildet hier keine Ausnahme. Zu Beginn des russischen Einmarschs richtete Tönnies einen dringenden Brief an seine Kunden im Lebensmitteleinzelhandel und forderte sie auf, die Preise für Fleisch zu erhöhen, da Tönnies sich nicht mehr lange in der Lage sah, Fleisch zu derart niedrigen Preisen zu produzieren.⁶¹ Als größtes Unternehmen einer sehr energieintensiven Branche profitierte die Tönnies Holding ebenfalls von den Vorzugspreisen, zu denen Gazprom Erdgas über Nord Stream I nach Deutschland verkaufte.

Box 4 | Alte Gewohnheiten sind schwer abzulegen

Der erste Kontakt zwischen der Tönnies Holding und Gazprom entstand nicht durch direkte Geschäftsbeziehungen, sondern indirekt durch die Position von Clemens Tönnies als Vorstandsvorsitzender des Fußballvereins Schalke 04, bei dem Gazprom 2007 Hauptsponsor wurde. Vermittelt wurde der Vertrag angeblich durch Gerhard Schröder selbst, der zu diesem Zeitpunkt bereits als Lobbyist für Gazprom tätig war und ein Treffen zwischen Tönnies und Putin im Kreml organisierte.⁶² Die Vereinbarung zwischen Schalke 04 und Gazprom verschaffte dem russischen Gaskonzern auch einen Sitz im Vorstand des Teams; eine Position, die Schröders und Putins Freund Matthias Warnig von 2019 bis zu seinem Rücktritt im Februar 2022 innehatte.

Warnig ist ein ehemaliger Stasi-Spion, Vorstandsmitglied von Rosneft und Transneft und CEO der Nord Stream II AG. In den Jahren nach ihrem Treffen in Moskau erklärte sich Tönnies öffentlich zum Freund Putins. Bilder vom Wirtschaftsforum 2010 in Wladiwostok⁶³ zeigen Putin, wie er mit ihm lacht und spricht, zusammen mit zwei der drei Honorarkonsuln in Deutschland, Klaus Mangold und Nikolaus Knauf. Anwesend waren auch Angela Merkel und mehrere weitere deutsche Politiker und Unternehmer.

Tönnies' Freundschaft mit Putin kam seinem Unternehmen zugute, da es im vergangenen Jahrzehnt sein Geschäft auf dem russischen Markt ausweitete. Auf dem Höhepunkt seiner Aktivitäten erwirtschaftete Tönnies bis zu 10 % seiner Exportumsätze in Russland und verfügte über zahlreiche Vermögenswerte, wie Tausende Hektar Land für den Getreide- und Rübenanbau, ein eigenes Futtermittelwerk und rund ein Dutzend Schweinefarmen. Tönnies sah keinen Grund, die Geschäftsbeziehungen mit Russland nach der Annexion der Krim abubrechen. Als jedoch die Rentabilität der Aktivitäten des Unternehmens zu sinken begann, beschloss er 2021, seine russischen Vermögenswerte an einen Konkurrenten aus Thailand zu verkaufen. Dieser Schritt kam genau zum richtigen Zeitpunkt, um dem Unternehmen die Entscheidung über eine Abzugsstrategie aus Russland infolge der Invasion zu ersparen. Darüber hinaus war es für Tönnies somit einfacher, die Aggression Russlands zu verurteilen. Unterdessen zog sich Matthias Warnig von seinem Posten bei Schalke 04 zurück und der Verein kündigte offiziell seinen Sponsorenvertrag mit Gazprom.

60 Verbraucherzentrale, *Steigende Lebensmittelpreise: Fakten, Ursachen, Tipps*, Verbraucherzentrale, Mai 2023.

61 Terpitz, K., *Fleischbranche sieht Existenz bedroht – Tönnies & Co. rufen nach höheren Preisen*, Handelsblatt, März 2022.

62 Kopp, J., *Schalke 04 und sein russischer Sponsor: Schauriger Partner*, taz.de, Februar 2022.

63 Sputnik Mediabank, *Vladimir Putin visits Germany*, Sputnik Mediabank Galerie, November 2010.

Zement- und Baustoffproduktion

Auch die Produktion von Zement und Baustoffen ist in Beziehungen mit russischen Unternehmen verwickelt. Das perfekte Beispiel sind zwei deutsche Unternehmen, die sowohl auf dem Weltmarkt äußerst wettbewerbsfähig als auch in deutsch-russischen Netzwerken sehr aktiv sind: Heidelberg Materials, eines der weltweit größten Baustoffunternehmen, und die Knauf-Gruppe, der Weltmarktführer für Gips. Diese Fälle verdeutlichen, welche große Bedeutung die Tatsache hat, dass die Unternehmensaktivitäten und Abhängigkeiten deutscher Unternehmen von informellen Netzwerken unter der Führung des Kremls als Druckmittel genutzt werden, und welche möglichen Folgen dies für die wirtschaftliche Sicherheit und strategische Autonomie Deutschlands haben kann.

Heidelberg Materials betreibt weltweit Zementwerke, darunter drei Produktionsstätten in Russland, die ausschließlich den lokalen Markt bedienen. Dennoch ist die Exposition des Unternehmens gegenüber Russland minimal, da diese Werke nur etwa 1 % seines weltweiten Umsatzes erwirtschaften. Trotzdem hat das Unternehmen Russland auch nach dem Einmarsch und in Anbetracht steigender Produktionskosten aufgrund steigender Energiepreise nicht verlassen. In seinem Geschäftsbericht gibt das Unternehmen an, dass Erdgas etwa 11 % des Brennstoffmixes für die Klinkerproduktion ausmacht.⁶⁴ Die Energiekosten stiegen im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 50 % auf 2,98 Milliarden Euro, während der

Umsatz um 6,1 % einbrach. Heidelberg Materials genoss die Vorteile der ermäßigten Tarife, zu denen Russland Deutschland mit Erdgas belieferte, bis zu den einseitigen Drosselungen der Gasversorgung durch Gazprom. Das Unternehmen zögerte, die höheren Energie- und Rohstoffkosten auf seine Kunden abzuwälzen, da die Nachfrage nach seinen Produkten sehr elastisch ist. Obwohl die Energiekrise durch das Vorgehen von Gazprom verschärft wurde, machte Heidelberg Materials in seinem Jahresbericht 2022 nicht Russland für die schwierige Finanzlage verantwortlich, sondern „die Sanktionen gegen Russland im Finanz- und Energiesektor“.⁶⁵

Darüber hinaus verfügt Heidelberg Materials über nachweisliche Verbindungen zum umfangreichen Netzwerk deutscher und russischer Politiker und Wegbereiter des russischen Einflusses in Deutschland aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Eines seiner ehemaligen Vorstandsmitglieder war während seiner Amtszeit auch im Vorstand des Deutsch-Russischen Forums vertreten.⁶⁶ Im Jahr 2014 organisierte Heidelberg Materials ein „Young Leader Seminar“ für das Deutsch-Russische Forum, zu dem 30 deutsche und russische Nachwuchsführungskräfte eingeladen wurden, um die Produktionsstandorte von Heidelberg Materials, SAP, BASF und John Deere zu besichtigen.⁶⁷ Darüber hinaus nahmen mindestens zwei Vertreter des Unternehmens an den deutsch-russischen Gesprächen von Klaus Mangold in den Jahren 2015 und 2021 teil. Heidelberg Materials hat den Krieg in der Ukraine verurteilt.

Box 5 | Der Fall der Knauf-Gruppe

Die Knauf-Gruppe gehört zusammen mit der BASF zu den anschaulichsten Beispielen dafür, wie ein dominantes deutsches Unternehmen zu einem Instrument russischer Interessen in Deutschland werden kann. Eine zentrale Rolle kommt Nikolaus Knauf zu, dem ehemaligen Geschäftsführer und Vorsitzenden des Gesellschafterausschusses und Sohn des ursprünglichen Gründers. In den 1990er Jahren leiteten Knauf und sein Bruder eine gewagte Expansion in den russischen Markt ein, die zur Gründung von 14 Produktionsstandorten in Russland mit 4.000 Mitarbeitenden führte und die Knauf-Gruppe zum Marktführer im Bereich Trockenbau- und Innenbaumaterialien machte. Dieser bedeutende Beitrag zur russischen Wirtschaft brachte Knauf Anerkennung von Wladimir Putin ein, der ihn 1998 zum ersten Honorarkonsul der Russischen Föderation in Deutschland ernannte und ihm 2006 den Orden der Freundschaft für die Förderung russisch-deutscher Freundschaftsbeziehungen verlieh.

Als Honorarkonsul der Russischen Föderation in Deutschland wurde Knauf offizieller Vertreter russischer Interessen in Deutschland. Er nutzte seine Position, um deutsch-russische Geschäftsabschlüsse zu ermöglichen, und war mehrere Jahre lang Vorstandsmitglied des Deutsch-Russischen Forums. Knauf war 2018 außerdem Gastgeber des Clubs des Deutsch-Russischen Forums in Nürnberg, wo er mit Sputnik News über die Auswirkungen der Sanktionen auf das Geschäft von Knauf in Russland sprach. In dem Interview beklagte Knauf, dass die Knauf-Gruppe in Russland jedes Jahr ein Wachstum von 1,2 % verliere, welches seiner Ansicht nach unter normalen Umständen ohne die Sanktionen erreicht würde.⁶⁸

Ebenso wie sein Honorarkonsulskollege Klaus Mangold engagierte sich Knauf auch im OA, wo die Knauf-Gruppe die Kontaktstelle Mittelstand (KSM) finanziert. Zweck der KSM ist es, deutsche KMU, die auf dem russischen Markt aktiv sind oder in diesen eintreten wollen, durch die Vermittlung von Geschäftskontakten zu unterstützen. Die enge Zusammenarbeit der beiden Honorarkonsuln wird auch durch die Teilnahme von Vertretern der Knauf-Gruppe an nahezu jeder Ausgabe von

64 Heidelberg Materials, *Berichte und Präsentationen*, HM: 2023.

65 Heidelberg Materials, *Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2022*, HM: 2022.

66 Deutsch-Russisches Forum, *Mitgliederliste Deutsch-Russisches Forum e.V.*, Deutsch-Russisches Forum e.V., Juni 2016.

67 Deutsch-Russisches Forum, *Info-Bulletin Special 42. Young-Leader Seminar Walldorf*, Deutsch-Russisches Forum e.V., September 2014.

68 Deutsch-Russisches Forum, *45. Club Forum Konferenz-Broschüre*, Club FORUM, Oktober 2018.

Mangolds Deutsch-Russischen Gesprächen seit 2008 deutlich.⁶⁹ Darüber hinaus gehört die Knauf-Gruppe zu den Hauptsponsoren von „Deutschland-Russland – Die neue Generation“, einer Organisation, deren erklärtes Ziel es ist, junge Talente aus beiden Ländern zusammenzubringen. Berichten zufolge wird die Organisation allerdings von Vertretern von Energieunternehmen und Kreml-Mitarbeitern unterwandert, ähnlich wie die anderen zuvor genannten Organisationen.⁷⁰

Es hat sich als schwierig erwiesen, verlässliche Informationen darüber zu erhalten, inwieweit die Knauf-Gruppe für ihre Produktionsprozesse auf Erdgas angewiesen ist und welche möglichen Auswirkungen steigende Energiepreise und Versorgungsrisiken auf ihre Wettbewerbsfähigkeit haben könnten. Laut einem Dokument aus dem Jahr 2014 machte Erdgas damals 16 % der Produktionskosten von Knauf aus, doppelt so viel wie die Kosten für Strom.⁷¹ Sollte die Knauf-Gruppe bei ihren Produktionsprozessen weiterhin in erheblichem Maße auf Erdgas angewiesen sein, könnte dies zu einem hohen Druck auf die Preise ihrer Produkte führen. Diese Schlussfolgerung wird durch Briefe gestützt, die das Unternehmen im Jahr 2022 an seine Geschäftspartner verschickte. In einem Brief aus dem Juli desselben Jahres teilte die Knauf-Gruppe mit, dass aufgrund der ungünstigen Entwicklung der Energie-, Rohstoff- und Logistikkpreise erneut Preiserhöhungen notwendig wurden. In dem Schreiben wurde darauf hingewiesen, dass die Preiserhöhungen zwischen den verschiedenen Produkttypen variieren und zwischen 2 % und 26 % liegen würden.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Knauf-Gruppe aufgrund des russischen Krieges gegen die Ukraine die Preise erhöhen musste. Eine solche Abhängigkeit von Russland mag in der Vergangenheit dazu beigetragen haben, die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu sichern, könnte jetzt jedoch eine Bedrohung für seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt darstellen. Dennoch lässt der Rücktritt von Nikolaus Knauf als Honorarkonsul der Russischen Föderation in Deutschland darauf schließen, dass das Unternehmen die Risiken seiner Abhängigkeit von Russland erkannt hat, was möglicherweise dazu führen wird, dass das Unternehmen die Produktion in Russland einstellt.

5. Auf dem Weg zur strategischen Entkopplung von Russland

Der Krieg des Kremls in der Ukraine führte zu einer Desillusion im Hinblick auf Jahrzehnte der deutschen Außenpolitik gegenüber Russland. Darüber hinaus hat er Europa vor seine bisher schwierigste Probe gestellt, indem er die Einheit der EU sowie ihre Fähigkeit, ihre gemeinsamen demokratischen Werte und strategischen Ziele zu verteidigen, untergraben hat. Zudem hat der Krieg das weltweite Ansehen Europas beeinträchtigt und seine wirtschaftliche Erholung und Prognose geschwächt. Das Ausmaß und die Brutalität des russischen Einmarschs haben nach dem anfänglichen Schock eine entschiedene Reaktion der deutschen Gesellschaft und der deutschen Regierung hervorgerufen. Infolgedessen hat **Deutschland schnell Notfallmaßnahmen für wirtschaftliche Sicherheit und Entkopplung** im Energiesektor eingeführt, EU- und G7-Sanktionen gegen Russland in bislang unbekanntem Ausmaß unterstützt und Technologie- und Warenkontrollen durchgeführt. Diese Maßnahmen sind für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Haushalte mit erheblichen Kosten verbunden. Chinas (zurückhaltende) Unterstützung des russischen Einmarschs in der Ukraine hat die deutsche Regierung zusätzlich unter Druck gesetzt, ihre langfristige Strategie für

die geökonomische und geopolitische Positionierung gegenüber Ländern mit beträchtlicher staatlicher Unterwanderungsfähigkeit zu überdenken.

Als erste Verteidigungslinie muss sich Deutschland erfolgreich von Russland abkoppeln, um sicherzustellen, dass Moskau in Zukunft seine strategischen Instrumente nicht mehr einsetzen kann. Deutschlands erste Nationale Sicherheitsstrategie war ein wichtiger Schritt in diese Richtung und diente gleichzeitig als Generalprobe für den Umgang mit Chinas wachsender globaler Zwangsmacht.

Deutschland muss bei den EU-Bemühungen eine Vorreiterrolle einnehmen, eine gemeinsame Strategie für wirtschaftliche Sicherheit mit ihren jeweiligen Instrumenten für die Risikobewertung, Investitionsprüfung, Koordinierung von Zoll- und Finanzermittlungen, Bekämpfung von Geldwäsche usw. zu entwickeln und auf den Weg zu bringen. Ebenso sollte Deutschland in den Verhandlungen der EU mit rohstoffreichen Drittländern über die Einrichtung des in der Europäischen Strategie für wirtschaftliche Sicherheit vorgesehenen

69 German-Russian Dialogues Baden-Baden (Deutsch-Russische Gespräche Baden-Baden), *Gespräche 2008*, DRGGB, Oktober 2008.

70 Deutsch-Russisches Forum, *Our sponsors and supporters*, Leaders Conference, 2016.

71 Wintrich, H., *Energieeffizienz, ein wichtiger Schritt zur Standorticherung bei Knauf*, 2. Energiedialog Mainfranken, 2014.

Clubs für kritische Rohstoffe als Stimme für Umweltschutz und Menschenrechte auftreten, um sicherzustellen, dass der europäische Zugang zu einem verlässlichen Strom von Rohstoffen nicht auf Kosten des Wohlergehens der Menschen in den Partnerländern geht. Der Schutz der Wirtschaft muss durch eine umfassende europäische Nearshoring- und Investitionsstrategie ausgeglichen werden, die auf einer Führungsrolle im Bereich der grünen und digitalen Technologien basiert.

Die Bewertung des wirtschaftlichen Einflusses Russlands in Deutschland hat gezeigt, dass die langfristige Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen auch zur Festigung **mächtiger unternehmerischer Einflussnetzwerke** mit Verbindungen zu russischen Oligarchie- und/oder Staatsunternehmen beigetragen hat, die der Kreml nutzen kann, um bestimmte deutsche Entscheidungen zu beeinflussen. Deutschland muss seine Abhängigkeit von russischen Importen fossiler Brennstoffe und der nuklearen Zusammenarbeit in anderen europäischen Märkten vollständig beseitigen, um seine Energie- und Wirtschaftssicherheit zu stärken und die Grundlage der wirtschaftlichen und politischen Macht Russlands zu untergraben.

Ein entschlossenes Vorgehen der deutschen Regierung kann die Einnahmen Russlands erheblich verringern und damit sein Kriegspotenzial schwächen. Darüber hinaus ist der Preis, den Haushalte und Unternehmen für die kurzfristigen Maßnahmen der Regierung zur Reduzierung der Energienachfrage und zur Kontrolle der Energiepreise zahlen mussten, die langfristigen positiven Auswirkungen auf die wirtschaftliche Sicherheit Deutschlands und seine europäische Führungsrolle wert. Letztendlich werden die Sofortmaßnahmen einen Beitrag zur langfristigen Energie- und Klimasicherheitsstrategie der EU und Deutschlands leisten.

Die nächsten Schritte zur Entkopplung und Risikoreduzierung Deutschlands in seinen Wirtschaftsbeziehungen mit Russland sollten darin bestehen, dass die deutschen Unternehmen ihre **Exposition gegenüber dem russischen Markt** kontinuierlich und schrittweise abbauen, indem sie ihre Aktivitäten in Russland einstellen und Joint Ventures und Unternehmenspartnerschaften mit russischen Unternehmen auslaufen lassen. Darüber hinaus besteht die dringende Notwendigkeit, die in Deutschland aktiven informellen russischen Wirtschafts- und Politiknetzwerke fortlaufend zu beobachten und ihren Einfluss abzubauen. Deutschland und die EU müssen ihre Verteidigung ausbauen, um strategische Korruptionsversuche und Angriffe auf die technologische Basis Europas abzuwehren.

Deutschlands wirtschaftliche Sicherheit und Strategie für die neuen globalen Realitäten erfordern ausgefeilte Mechanismen zum **Aufspüren und Unterbinden offener und verdeckter russischer strategischer Investitionen** in Europa, die mit

Kreml-nahen staatlichen Unternehmen und oligarchischen Netzwerken in Verbindung stehen. Diese Überprüfung muss durch Maßnahmen zur Gewährleistung der Transparenz hinsichtlich der Gesellschafterverhältnisse von Unternehmen innerhalb der EU, die **Stärkung der europäischen Infrastruktur zur Bekämpfung von Geldwäsche** und Bemühungen zur Verringerung des verborgenen wirtschaftlichen Einflusses des Kremls in Europa ergänzt werden. Deutschland muss seine nationalen Gesetze zur **Transparenz in Bezug auf die endbegünstigte Eigentümerschaft** an Unternehmen und anderen juristischen Personen, wie zivilgesellschaftlichen Organisationen, Stiftungen und Wohltätigkeitsorganisationen, stärken. Außerdem sollte Deutschland **die Kapazitäten der Landesregierungen zur Umsetzung von Wirtschafts- und Investitionssicherheitsinstrumenten ausbauen**, insbesondere in strategischen Sektoren wie Energie, Fertigung, Bankenwesen, Verteidigung und Immobilien.

Die deutsche Regierung muss in Zusammenarbeit mit den USA und anderen EU-Ländern die **Unterbindung illegaler russischer Finanzströme nach Deutschland** und die **Schließung von Governance-Lücken** priorisieren, die es russischen Unternehmen bisher ermöglicht haben, Sanktionen zu entgehen. Außerdem müssen die Vermögenswerte russischer Oligarchen in Europa nachverfolgt und beschlagnahmt werden. Deutschland sollte beispielsweise sicherstellen, dass russische Öl- und Rohstoffunternehmen das Ölembargo nicht umgehen, indem sie Zwischenhändler wie die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate oder Unternehmen mit starken Verbindungen zum Kreml nutzen, um russisches Rohöl oder Ölprodukte in Deutschland und anderen Teilen des europäischen Marktes zu verkaufen.

Um den endgültigen Abzug deutscher Unternehmen aus Russland zu fördern, sollte die Regierung deutsche Unternehmen stark davon abhalten, **Joint Ventures einzugehen und gemeinsame Projekte mit russischen Staatsunternehmen** oder (sanktionierten) russischen Unternehmen/oligarchischen Netzwerken mit Verbindung zum Kreml zu beginnen. Deutsche Unternehmen sollten insbesondere darauf achten, die Teilnahme an russischen Ausschreibungen und die Lieferung von Dual-Use-Gütern über Drittstaaten nach Russland zu vermeiden.

Die deutsche Regierung sollte **deutsche Großkonzerne dazu anregen, den russischen Markt zu verlassen**, indem sie höhere Steuern auf die Rückführung der dort erzielten Gewinne erhebt. Die höheren Steuern sollten mit steuerlichen und anderen finanziellen Anreizen für deutsche Großkonzerne kombiniert werden, um ihre Investitionen in andere Nachbarregionen wie den Westbalkan, die Region um das Schwarze Meer und Nordafrika zu verlagern, wo die wirtschaftliche Präsenz Deutschlands und allgemein der EU als Möglichkeit gestärkt werden könnte, dem zunehmenden Einfluss autoritärer Staaten entgegenzuwirken.

Auf EU-Ebene ist ein **gemeinsamer EU-Mechanismus zur Durchsetzung von Sanktionen** erforderlich, der spezifische Vorgaben für nationale Zollbeamte beinhaltet, um den endbegünstigten Eigentümer von EU-Unternehmen zu ermitteln, die sanktionierte Waren und Dual-Use-Güter verkaufen. Auch der endbegünstigte Eigentümer von Käufen in Drittländern sollte ermittelt werden. Um die Einhaltung sicherzustellen, sollten strenge Bestimmungsklauseln für sanktionierte Artikel in Lieferverträge aufgenommen werden, die durch einen Mechanismus zur Zusammenarbeit mit Zollbehörden in Drittländern bei der gemeinsamen Untersuchung verdächtiger Handelsgeschäfte unterstützt werden.

Im Inland sollten deutsche Politiker verpflichtet werden, jede Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Veranstaltungen von NGOs, die von Nicht-EU- und Nicht-OECD-Einrichtungen unterstützt werden, öffentlich zu machen. Dies erfordert eine verstärkte Aufsicht über die Zusammenarbeit zwischen inländischen politischen Parteien und sowohl staatlichen als auch nicht-staatlichen Einrichtungen aus Russland, mit besonderem Schwerpunkt auf **politischen Akteuren, die sich öffentlich gegen Sanktionen gegen Russland aussprechen** oder die strategischen Ziele Russlands fördern. Auf gesellschaftlicher Ebene muss Deutschland das Bewusstsein für russische Einflussoperationen und deren schädliche Wirkung auf die öffentliche Debatte schärfen, um den Menschen dabei zu helfen, solche Kampagnen zu erkennen und sich dagegen zu wehren.

Die wahrscheinlich wirksamste langfristige Risikominderungsstrategie der deutschen Regierung ist die Verwirklichung der **Energie- und Klimasicherheitsziele der EU** für 2030 und 2050. Die bestehenden strategischen Dokumente in diesem Bereich enthalten immer noch unerreichbare Ziele und unzusammenhängende Maßnahmen, die den Prioritäten der EU widersprechen könnten. Zur Stärkung der Energie- und Klimasicherheit wäre außerdem eine Reihe zusätzlicher strategischer Entscheidungen erforderlich, darunter:

- Verpflichtung aller deutschen Unternehmen, ihre langfristigen Erdgaslieferverträge mit Gazprom nach deren Ablauf im Jahr 2024 zu kündigen.
- Aufbau eines strategischen Erdgasreservebestands nach dem Vorbild der strategischen Erdölreserve und Einführung eines verbindlichen 90-Prozent-Ziels für die Erdgas-speichereinspeisung bis zum 1. Dezember eines jeden Jahres.
- Im Einklang mit seinen Netto-Null-Zielen sollte Deutschland weiterhin nach Möglichkeiten suchen, die Entwicklung und den Einsatz modernster umweltfreundlicher Technologien, wie z. B. neuer Heizlösungen, zu beschleunigen, und Maßnahmen ergreifen, um das Offshore-Windenergiepotenzial des Landes voll auszuschöpfen.
- Deutsche Unternehmen sollten bei der Prüfung neuer langfristiger LNG-Lieferverträge Vorsicht walten lassen, unter anderem durch die Einführung tragfähigerer Netto-Null-Unternehmensstrategien.
- Einführung von Demand-Response-Ausschreibungen für Industriegasverbraucher, um die Erdgasnachfrage weiter zu reduzieren und große Verluste zu verhindern, falls die Erdgaspreise im Herbst 2023 erneut in die Höhe schnellen.
- Im Industriesektor Beschleunigung der Einführung einer Stromversorgung auf der Grundlage erneuerbarer Energien und alternativer Kraftstoffe, um die übermäßige Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Import fossiler Kraftstoffe zu verringern.
- Deutschland sollte seine Bemühungen im Bereich des Friendshorings von Lieferketten verstärken und die Zusammenarbeit mit Ländern ausbauen, die die strategischen Ziele des Westens teilen. Dies gilt insbesondere dann, wenn Deutschland und damit auch Europa den grünen Wandel ihrer Wirtschaft beschleunigen und gleichzeitig ihre Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen verringern wollen.

Die dringende Notwendigkeit einer strategischen Abkopplung Deutschlands von Russland wurde nach dem Einmarsch in die Ukraine und dem darauffolgenden Paradigmenwechsel in der europäischen Geopolitik immer deutlicher. Deutschland hat Notfallmaßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherheit, darunter Sanktionen und Handelskontrollen gegen Russland, umgesetzt, um seine Energie- und Wirtschaftssicherheit zu stärken. Zusätzlich zu diesen Maßnahmen bleibt es für Berlin jedoch weiterhin von entscheidender Bedeutung, seine Abhängigkeit von russischen Importen fossiler Brennstoffe zu beseitigen, die wirtschaftliche und politische Macht Russlands zu schwächen und zur langfristigen Energie- und Klimasicherheitsstrategie Europas beizutragen. Deutschland sollte seine Exposition gegenüber dem russischen Markt schrittweise auslaufen lassen, russische Einflussnetzwerke abbauen und Überprüfungsmechanismen für russische Investitionen einrichten. Die Zusammenarbeit mit den USA und der EU ist von entscheidender Bedeutung, um illegale Finanzströme zu verhindern und Anreize für deutsche Unternehmen zu schaffen, Investitionen umzuleiten. Transparenz, öffentliches Bewusstsein und das Erreichen der EU-Energieziele sind wesentliche Schritte auf dem Weg zu einem widerstandsfähigen und nachhaltigen Europa.

Über die Autoren

Center for the Study of Democracy (CSD)

Das Ende 1989 gegründete Center for the Study of Democracy (CSD) ist ein Public Policy Institut, das den Reformprozess in Europa durch seinen Einfluss auf Politik und Zivilgesellschaft fördert. Als unabhängiger, interdisziplinärer Think Tank vereint es ein breites Spektrum an Kapazitäten. CSD wurde als Denkfabrik gegründet und hat sich zu einem Zentrum für Politikentwicklung durch Dialog und Partnerschaft entwickelt.



Dr. Ognian Shentov

ist ein führender Experte für institutionelle Reformen und Demokratie. Er ist Mitbegründer und Vorsitzender des Center for the Study of Democracy (CSD) und des Applied Research and Communications Fund. Er hat an einer Vielzahl internationaler Projekte mitgearbeitet und sich ausführlich mit den Themen Übergang zur Demokratie und sanfte Sicherheitsbedrohungen befasst. Derzeit engagiert er sich in einer nationalen Initiative zur Förderung von Good Governance für ein nachhaltiges Wachstum des Energiesektors. Darüber hinaus ist er Mitglied in den Vorständen mehrerer Nichtregierungsorganisationen und politischer Initiativen.



Ruslan Stefanov

ist ein führender Experte für Korruptionsbekämpfung, informelle Wirtschaft, Energie und Innovation in Europa. Er verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung in der Leitung und Durchführung hochwertiger Projekte in den Bereichen Zivilgesellschaft, Forschung und Beratung. Er ist Co-Direktor und Co-Autor des Kremlin Playbook, einem gemeinsamen Projekt über Russlands wirtschaftlichen Fußabdruck und Einfluss in Europa. Außerdem ist er der Wissens- und Entwicklungskordinator von SELDI.net, dem größten regionalen zivilgesellschaftlichen Antikorruptionsnetzwerk in den westlichen Balkanstaaten, der Türkei und den östlichen Nachbarländern. Außerdem ist er Experte für intelligente Spezialisierung beim Joint Research Centre der Europäischen Kommission.



Martin Vladimirov

ist Direktor des Energie- und Klimaprogramms am Center for the Study of Democracy (CSD), einem europäischen Public Policy Institut, wo er an der europäischen Energie- und Klimasicherheit arbeitet. Vor seiner Tätigkeit für das CSD arbeitete er als Öl- und Gasberater für The Oil & Gas Year und analysierte die Kohlenwasserstoffmärkte im Nahen Osten und in Zentralasien. Er ist Mitverfasser einer Reihe von Büchern über europäische Energiesicherheit und ausländische Einflussnahme, darunter die mit CSIS entwickelte Reihe Kremlin Playbook. Martin leitet außerdem den Energy and Climate Security Risk Index.



Marius Koeppen

ist Analyst im Energie- und Klimaprogramm des Center for the Study of Democracy (CSD), wo er zu den Themen Governance im Energiesektor, Energiewendepolitik, außenwirtschaftlicher Einfluss und Energiesicherheit in Bulgarien, Südosteuropa und der EU arbeitet. Er hat sich eingehend mit der Analyse der Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas und den dahinterstehenden Einflussnetzwerken beschäftigt. Darüber hinaus hat er an Projekten zu den potenziellen Auswirkungen von CO₂-Preisen mitgewirkt und für die Europäische Kommission einen neuen Index "beyond GDP" mitentwickelt.

